

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(beim Abonnement 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar.
Postbezug 2,97 M. einschließlich 60 Pf. Anzeigens- und 72 Pf. Postbefreiungswähren. Auslandbezugsmittel 3,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,85 M.

Das „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Doppel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage „Soll und Sein“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
10. Juni 1932

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die städt. Postämter sind 10 Pf. Reklamezettel 2.- 30 „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (einschließlich zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf.). Robott St. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Wilmersberg 25 Pf. Familienanzeigen Wilmersberg 16 Pf. Anzeigenannahme im Hausgeschäft Lindenstraße 2 wochentäglich von 9/4 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. G. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66

Das Gesicht der Reaktion.

Der Monarchist als Verfassungsminister der Republik.

Die Reichsregierung bedarf nach der Verfassung des Vertrauens des Reichstags. Wird dieses Vertrauen nicht gewährt, so muß sie zurücktreten.

Der Regierung der Barone, die seit wenigen Tagen ins Amt gesetzt ist, wäre das zur Amtsführung erforderliche Vertrauen des Reichstages todsicher verweigert worden. Um dieser sicheren Niederlage einzuweichen zu entgehen, hat sie ihren Auftraggeber zur Auflösung des Reichstages und zur Anordnung von Neuwahlen veranlaßt. Sie ist damit einer eingehenden Befragung über ihre Absichten und Ziele auf parlamentarischem Boden ausgewichen. Dafür hat sie Lustucht in einer — das Volk und ihre Vorgänger beschimpfende — allgemeine Proklamation gesucht.

Und nun —

Nun ist sie vor den Reichsrat getreten, vor die Vertretung der Länderregierungen und der preussischen Provinzen, wo am Donnerstag der Innenminister dieser Welsregierung sich mit einer Rede einführte. In diesen Versammlungshäusern bietet diese ein getreues Spiegelbild der zwar anspruchsvollen, aber ideenlosen Politik, die das Kabinett der Barone dem deutschen Volke zu bieten wagt.

Drei Dinge kann man aus der langen Rede als politisch wichtig herausheben:

1. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gajl bekennt sich offen zur Monarchie als deutschem Staatsideal. Er verpricht aber gleichzeitig die Verfassung der Republik als Minister zu schützen und erklärt darüber hinaus jedes Verstehen über Absichten zur Wiederherstellung der Monarchie als „Geschwäh“. Ja, der Herr Baron vertritt sich jeden Zweifel an seiner Verfassungstreue!

2. Der monarchistisch-republikanische Verfassungsminister beabsichtigt die von seinem Vorgänger als militärisch verbotenen Gewalthäufen der SA. und SS. wieder zuzulassen. Er betrachtet es sogar als Aufgabe der Regierung, die „machtvolle nationale Bewegung der Gegenwart als eine Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu benutzen“!

3. Der gleiche Freiherr von Gajl wehrt sich auch im Namen seiner freiherrlichen und sonst geduldeten Ministerkollegen gegen den Verdacht, reaktionär zu sein. Zum Beweise dessen spricht er von seinen — Schützengrabenerlebnissen, von einer damals gewonnenen Erkenntnis, daß „der Heimat ärmster Sohn auch ihr getreuester war“ und erklärt, daß diese Erkenntnis ihn auf seinen ferneren Wegen nicht verlassen werde.

Zu diesen drei Dingen, die wir aus der langen programmatischen Rede herausheben, ist mancherlei zu sagen. Ob das Kabinett der Barone reaktionär ist, entscheidet es nicht selbst. Darüber urteilt das Volk, das in seiner erdrückenden Mehrheit republikanisch ist und nichts wissen will von Monarchisten, die ihre Herzensmeinung zur Disposition gestellt haben. Dieses Volk, vor allem seine arbeitenden Schichten in Stadt und Land, hat nichts gemein mit der herablassenden Freundlichkeit der Döselbier, die ihm schöne Worte sagen über Schützengrabengemeinschaft und dergleichen, die aber in ihrer ersten Regierungsproklamation es als „moralisch zermürbt“ beschimpften und seine ungeheuren seelischen und moralischen Opfer mit dem Vorwurf beantworteten, die Nation zu einem „Wohlfahrtsstaat“ herabzuwürdigen.

Das Volk, besonders das arbeitende Volk, hört nicht gern, wenn monarchistische Barone das Wort des Sozialdemokraten Brügger zitieren, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester sei. Mit solchen Sätzen läßt sich niemand von Baronen einlassen. Wohl aber sieht das Volk, besonders das arbeitende Volk, daß der ärmste und getreueste Sohn der Republik in diesem Gajl-Schleicher-Popen-Kabinett keine Vertretung hat und daß die so ihrich besungene Schützengrabenerkameradschaft tatsächlich im Reichskabinett dargestellt wird durch eine Kasinokameradschaft feudaler Herrenklub-Offiziere! Diese Tatsache ist ein-

Gajls Programm.

Viele Worte — aber wenig Realitäten.

Der Reichsrat hielt am Donnerstagnachmittag seine übliche wöchentliche Vollversammlung ab, in der sich der neue Innenminister Freiherr v. Gajl vorstellte.

Reichsinnenminister Freiherr von Gajl führte nach einleitenden persönlichen Worten der Erinnerung und des Dankes an die Mitglieder des Reichsrats, dem der Minister fast elf Jahre als Bevollmächtigter seiner Heimatprovinz Ostpreußen angehört hat, folgendes aus:

Wenn ich nicht im Reichsrat den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Brennpunkten unseres öffentlichen Lebens nahegestanden und in ihm eine hohe Schule des politischen Lebens durchgemacht hätte, wäre ich dem Ruf des Herrn Reichspräsidenten nicht gefolgt. Nachdem ich nun den Schritt, veranlaßt und gestärkt durch die langjährige Mitgliedschaft im Reichsrat, gewagt habe, ist es mir eine besondere Ehre und Freude, der Minister zu sein, dem die Pflege der Beziehungen zu den deutschen Ländern vornehmlich obliegt und der in erster Reihe berufen ist, unter ihnen den Vortritt zu führen. Ich habe erkannt, daß die stärksten Kräfte unseres Volkes in dem Heimatboden und der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln, daß die Eigenart der deutschen Stämme etwas heiliges ist, was des Verständnisses und liebevoller Pflege bedarf, und daß der kulturelle Hochstand unseres Volkes nicht der Befruchtung von einer Zentrale, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern sein Dasein verdankt. Wir werden daher die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Länder selbstverständlich nicht antasten.

Für Preußen erwarten wir besonders das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen Regierung, von der wir hoffen, daß sie in den großen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmen und in lebendiger Fühlung mit uns arbeiten wird.

Aus dieser Ueberzeugung heraus werde ich die Aufgabe der Reichsreform anlassen. Es ist noch nicht die Zeit gegeben, auf diesem Gebiet eine Stellungnahme der Reichsregierung auszusprechen. So dringen diese Reform auch ist und so sehr sie zusammenhängt mit den notwendigen Maßregeln zur Vereinfachung und Verbildigung der öffentlichen Verwaltung, so liegen heute dringendere Aufgaben vor, deren Lösung die Stunde gebieterisch fordert. Das bedeutet kein Aufschieben auf die lange Bank. Die Reichsregierung kann aber die dringenden Fälle ihrer Aufgaben nur schrittweise lösen.

Das gleiche gilt von der Verfassungsreform. Die Weimarer Verfassung, die Grundlage unseres öffentlichen Lebens, deren Hüter ich als Reichsinnenminister pflichtgemäß bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Befehlsgebung durchlöchert und

nach unbedingtem Ansehen weitest Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig.

Verfassungen sind nicht starre Ideale, sondern lebendige Wesen und der Entwicklung unterworfen. Wir werden auch an diese Aufgabe mit Ernst und Eifer herangehen.

Zweiterlei aber muß ich in diesem Zusammenhang besonders betonen:

Das Verstehen von einer geplanten Änderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie ist ein törichtes und darum schädliches Geschwäh.

Ich würde mir erbärmlich vorkommen, wenn ich auf dem Ministerstuhl versuchen würde, meine persönliche, nicht nur angeborene und anerzogene, sondern in langen Jahren auch selbsternannte Ueberzeugung zu verleugnen, daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk inmitten des Herzens von Europa halte und daß ich, geschichtlich gesehen, mir der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin.

Ich bin aber der Ueberzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein, die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen hat. Wir sind mit dem ganzen Volk heute so mit Lasten und Nöten schwerer Art beladen, daß wir erst verstanden müssen, dieser Bürden ledig zu werden, ehe wir überhaupt die Möglichkeit haben, uns mit der Staatsform zu befassen.

Höher als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist. Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufrollung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen.

und ich verbitte mir deutlich jeden Zweifel in meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue. So wie ich denken der Herr Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts unter bewußter und pflichtgemäßer Hintanziehung aller persönlichen Anschauungen und Gefühle.

Zum zweiten ein Wort über die angebliche reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in der Öffentlichkeit erfolgte Abstemplung als reaktionär mit Würde und einem gewissen Humor tragen, bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir wissen, daß man Vergangenes nicht wieder herstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wieder aufbaut. Wir wollen helfen, daß unser Volk lebt und einer besseren Zukunft entgegen geht. Darum wollen wir einen organischen Fortschritt und keinen Rückschritt. Wir sind keine

deutiger als alle schönen Redensarten, die nicht einmal mehr in den zurückgebliebensten Gegenden des Reiches vollen Glauben finden.

Das Mißtrauen gegen diese reaktionäre monarchistisch-nationalistische Regierung konnte im Reichstage zwar noch nicht bestätigt werden. Aber es besteht und wächst mit jedem Tage. Vertrauen genießt sie allein bei den Gefolgsmännern Hitlers, die der Baron von Gajl als „Staat und Volk erhaltende Kraft“ werten und benutzen will. Vielleicht läßt ihm sein Amt noch so viel Zeit übrig, einmal nach Frankfurt a. d. Oder hinüberzufahren. Er kann dort die neuesten Ausbrüche dieser „erhaltenden Kraft“ an den blindwütigen Zerstörungen feststellen, die dort am Eigentum der Verbände der ärmsten und getreuesten Söhne der Heimat von der „machtvollen nationalen Bewegung“ Hitlers angerichtet wurden.

Mehr noch: das Reichskabinett will nach Gajls Versicherung am Umbau der Verfassung arbeiten, die ihm dringend notwendig erscheint. Die Not des Landes sollte allerdings jede Regierung zunächst veranlassen, die Grundlagen der Verfassung, nämlich die Lebensfähigkeit des Landes zu sichern. Gemeinden, Kreise, Länder schreien geradezu um Hilfe vor dem finanziellen

Bankrott. Die an anderer Stelle verzeichnete Erklärung der Stadt Duisburg — anti-marginalistischer Oberbürgermeister ist der frühere Reichsinnenminister Jarres! — über die Einstellung der Finanzjahre ist ein Alarmruf, den auch das Kabinett der Barone nicht überhören kann. Die Regierung Brüning hatte wenigstens gewußt, daß unbedingt etwas geschehen muß. Die Hintermänner der Barone aber haben bisher nur erkennen lassen, daß eine neue Liebesgabe an Großagrarier für den Kartoffelschnaps wichtiger sei als das Schicksal der Erwerbslosen.

Wohlgeformte Reden können die Not nicht bannen. Die wirkliche Schützengrabengemeinschaft der Millionen in Krieg und Frieden erprobter Arbeiter wird aber das Kabinett der Barone immer wieder an ihre Pflicht erinnern, an die Opfer des Kapitalismus zu denken. Diese Gemeinschaft der Kämpfer wird ihre Ansprüche auf Grund der Verfassung immer wieder anmelden und wird dafür sorgen, daß das Kabinett der Kasino-Gemeinschaft von der Bildfläche verschwindet, je schneller, desto besser!

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk hat das Wort!

Aufmarsch zum Kampfe.

Der Führerappell der Eisernen Front.

Vertreter einseitiger Stände- oder Berufsinteressen, sondern Reichsminister, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört, erwachsen aus der Liebe zu unserem Volk und unserem Vaterlande. Zu den tiefsten und schönsten Erlebnissen meines Lebens gehören die Zeiten, in denen ich im Kriege monatelang mit deutschen Männern aller Klassen und Berufe den Unterstand teilte und die Tage der Volksabstimmung in Allenstein, in denen ich Führer eines in sich über alle sonstigen Schranken hinweg einigen Volkes zu sein das große Glück hatte. Wenn ich je eine Binde vor den Augen getragen habe, so ist sie in jenen Zeiten gefallen, in denen ich das hohe Erleben hatte, daß der Heimat armster Sohn auch ihr treuester war, ohne Rücksicht auf seine politische oder berufliche Einstellung.

Wir wissen, daß wir unser Volk nur erhalten können, wenn wir in warmer Liebe uns einsehen für das richtig verstandene Wohl der breiten, arbeitnehmenden Massen. Wir müssen dabei in den Kauf nehmen, daß manche Maßnahmen zunächst wenig volkstümlich sein und mißverstanden werden müßten.

Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehmste Aufgabe.

In diesem Sinne wird eine Neuordnung der Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über die Versammlungen und Aufzüge, die Presse und die militärischen Organisationen unter Milderung des bestehenden Zustandes regelt.

Das Kabinett geht dabei von der Absicht aus, den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen Freiheit zu lassen, damit in der auf den 31. Juli festgesetzten Wahl der Wille unseres Volkes unambiguum zum Ausdruck kommen kann. Ich gebe dabei der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß alle Kreise unseres Volkes sich der staatsbürgerlichen Pflicht bewußt sein werden, ihr Tun im Rahmen der Gesetze zu halten und Gewalttätigkeiten und rohe Verunglimpfungen ihrer andersdenkenden Mitbürger zu unterlassen. Ich will aber als Innenminister keinen Zweifel darüber lassen, daß ich, wenn diese Erwartung sich nicht erfüllen sollte, die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln des Staates zu schützen den Willen und die Kräfte habe.

Von den vielen Aufgaben, die sonst noch meiner harren, werde ich mich mit Unterstützung des ganzen Kabinetts mit besonderer Freude und Liebe der Pflege des Deutschtums innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reichs annehmen, soweit die allgemeine Finanzlage mir das im Augenblick gestattet. Auch an die Erhaltung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer schwer getroffenen Grenzgebiete im Osten, Westen, Norden und Süden werde ich mit Eifer arbeiten, wie ich es bisher für meine engere Heimat getan habe.

In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort über die für die Grenzländer, insbesondere den Osten so wichtige Siedlungsfrage. Ich habe in 24 Jahren selbst in meiner Heimat an der Neuschaffung von rund 300 Dörfern auf 150 000 Hektar Fläche an leitender Stelle mitgearbeitet. Ich wäre nie in ein Kabinett eingetreten, von dem ich nicht die Ueberzeugung hätte, daß es sich dieser so wichtigen, nationalen und sozialen Aufgabe nicht mit dem notwendigen Eifer und der Großzügigkeit widmen will, wie das notwendig ist. Oft genug habe ich bereits im Reichsrat betont, daß ich ein scharfer Gegner aller individuellen Hilfen bin und nur Hilfen billige, die der Gesamtheit der Kommunen und der Wirtschaft eines Reichsteils und dadurch allen zugute kommen.

Ich kann heute aus den Aufgaben meines Ressorts nur wenige Punkte herausgreifen. Eines aber möchte ich hier noch feststellen. Reich, Länder und Gemeinden sind angewiesen auf ein pflichttreues, gut ausgebildetes und in geistiger Lebensstellung befindliches Beamtentum. Ich bekenne mich bei meinem Amtsantritt als Innenminister, der die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Beamtenrechts zu bearbeiten hat, in voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichkanzler und dem ganzen Kabinett zum Berufsbeamtentum, das zu erhalten und zu pflegen unsere Pflicht ist.

Wichtig und notwendig scheint mir auf dem Gebiete des gesamten kulturellen Lebens unseres Volkes, insbesondere auch in Rundfunk und Lichtspielwesen die Betonung und Pflege deutschen Geistes und die Ausmerzung aller undeutschen, fremden Einflüsse, die jeltweilig weite Kreise des deutschen Volkes befehdet haben.

Jedes Volk muß heute das Streben haben, in Verständigung mit allen Staaten und Völkern den Fortschritt und die Befriedung der gesamten Menschheit zu fördern. Aber so wie das Leben des deutschen Volkes wurzelt auch die Weltstellung des deutschen Volkes und seine Stellung zu den anderen Völkern in seinem eigenen, seinem Blut und Geist angemessenen Leben. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit und der Wille zu einem eigenen deutschen Leben machen heute ständig in unserem Volk.

Aufgabe der Reichsregierung und in ihr des Innenministers ist es, diesem Willen gerecht zu werden und die machtvolle nationale Bewegung der Gegenwart als eine Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und benützen.

Die Mitarbeit, insbesondere der deutschen Jugend, ist dabei willkommen.

Das neue Kabinett steht vor schweren Aufgaben, die gelöst werden müssen, wenn unser Volk nicht untergehen soll. Wir gehen trotz aller Anfeindungen mit frischem Mut und Vertrauen an unsere Pflichten.

Süddeutschland bei Hindenburg.

Ministerpräsidenten wollen direkte Aussprache herbeiführen.

Am Donnerstagabend wurde von der Bayerischen Amtlichen Pressestelle folgende Mitteilung ausgegeben:

„Die heute in Karlsruhe versammelten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden haben an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Die unterzeichneten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden bitten den Herrn Reichspräsidenten um einen Empfang anlässlich der Konferenz der Ministerpräsidenten am nächsten Samstag und Sonntag.“

gez. Dr. Heib, Dr. Holz, Dr. Schmitt.“

Der Reichskanzler wurde von dem Telegramm benachrichtigt.“

Der große Saal des „Clou“ in der Mauerstraße war gestern abend überfüllt. Die Eisernen Front Berlins — Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeiterportverbände in einem Takt mit geeit — gab ein Gelobnis ab, im kommenden Wahlkampf für Demokratie und Sozialismus alle Kraft einzusetzen. Ueber der Rednertribüne war ein Transparent mit den Worten „Eiserne Front“ angebracht, es grüßten und mahlten das Banner der Republik mit dem Reichsadler und das Banner der Berliner Sozialdemokratie. Neben den erprobten Veteranen des Kampfes waren unsere Jungen, die sehr zahlreich erschienen waren, der Veranstaltung ein besonderes Gepräge. Es war ein hinreichendes Bild der Disziplin, der Aktivität und der Geschlossenheit.

Der Vorsitzende der Berliner Sozialdemokratie, Franz Künstler, sprach die Begrüßungsworte. Er wies darauf hin, daß die Eisernen Front Hitler verhindert hat, die deutsche Republik und die deutsche Arbeiterbewegung zu übernehmen. Die Vorgehensweise sind zu Ende, die großen Entscheidungen sind da. Wir werden auch mit Hitler fertig werden. Bei einer Aufhebung des EW- und ES-Verbotes fällt die volle Verantwortung für Leben und Sicherheit der Staatsbürger auf die Reichsregierung. Die Arbeiterklasse werde sich der Soldateska des Kapitals mit allen Mitteln erwehren, und wir Berliner werden die Arbeiterstadt Berlin schützen. (Stürmischer Beifall.)

Siegfried Aufhäuser,

der Vorsitzende des NW-Bundes, nahm sodann das Wort zu seiner Rede über die „Politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. Er sagte: Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Straßer sprach am 10. Mai den Satz: „Interessant und merkwürdig ist die große antikapitalistische Sehnsucht, die ich es nennen möchte, die durch unser Volk geht, die heute vielleicht schon 95 Proz. unseres Volkes bewußt und unbewußt erfährt hat.“ Die Entlassung dieses „Bekennnisses“ ist sehr rasch erfolgt. Statt der 95 Proz. regieren heute unter Duldung der Nationalsozialisten tatsächlich die Vertreter jener 5 Proz., die nur in Geld, Profit, Dividenden und Subventionen denken. Die Hitler-Partei ist durch Demagogie aufgestiegen, um den Generälen, dem Großgrundbesitz und der Gegenrevolution den Weg zu bereiten. Der Herr Reichspräsident hat am Tage nach seiner Wahl dem Volke seinen Dank ausgesprochen. Wir bedauern feststellen zu müssen, daß er sich von dem größten Teil seiner Wähler getrennt hat. Die Männer, die ihn in Reudel berieten, waren nicht die Vertreter der Volksmehrheit, und die Berufung der Regierung von Papen bedeutet eine Trennung vom Volke. Das „Deutschland erwache!“ der Nationalsozialisten aber findet seine Erfüllung darin, daß die Wilhelmstraße annimmt wie ein

Museum, in dem der Feudalismus seine Auferstehung feiert.

Nur durch Hitler war dieses arbeiterfeindliche Kabinett möglich. Straßer hat damals Stegerwald gewarnt, die Sozialversicherung zusammenbrechen zu lassen. Die Regierung von Papen provoziert die Notleidenden und nennt in offenem Hohn den Staat eine „Wohlfahrtsanstalt“. Selbst die Anträge zur Arbeitsbeschaffung, die das Kabinett Brüning durch Siedlung in nicht mehr sanierungsfähigen Betrieben auftrieb, werden von der Regierung Papen nicht weitergeführt. Das Kabinett Papen wendet sich gegen den Klassenkampf, während es selbst eine Regierung des Klassenkampfes von oben darstellt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Zermürbung der Moral, von der Papen spricht, geht nicht von unten, sondern von oben aus. Die Geschichte der deutschen Republik ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Der kommende Wahlkampf ist ein Ringen der widerstrebenden Klassen um die Seele der Volksmehrheit.

Beantworten wir die Kampfanfrage von oben mit der Klassen-solidarität von unten.

(Erneute Zustimmung.) Der Herr Reichspräsident soll gesagt haben, daß die beiden Gewerkschaften heraus müssen aus der Regierung. Mag das demontiert sein oder nicht: Tatsache ist, daß sie heraus sind! Der Reichspräsident aber war in diesem Falle schlecht beraten. Er vergaß, was die Gewerkschaften nach dem Kriege geleistet haben, und er verkannte die Kraft unserer Organisation. Wer den wirtschaftlichen Klassenorganisationen der Gewerkschaften den Krieg erklärt, heißt auf Granit. (Neuer, anhaltender Beifall.)

Entweder wird ein organisiertes Deutschland bestehen oder Deutschland wird nicht bestehen.

Duisburg stellt Zinszahlungen ein.

Die Folge der Wirtschaftskrise.

Die Stadt Duisburg teilt mit, daß sie nicht in der Lage ist, die am 1. Juni fällig gewordenen Zinschneide der siebenprozentigen Anleihe von 1928 einzulösen. Die Stadt sei gezwungen, alle vorhandenen städtischen Mittel für die Bezahlung der Unterstellungen für die Wohlfahrtsverwaltungen bereitzustellen.

Auslegung der Wählerlisten.

Zeit: vom 10. bis 17. Juli

Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlichen und Stimmkarten für die Reichstagswahl vom 10. bis 17. Juli ausgelegt sind.

Papens Sozialpläne.

Notverordnung über die Sozialversicherung.

Reichskanzler von Papen empfing am Donnerstag den Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Dr. von Stempel, der ihm einen Vortrag über die Finanzlage der Landkreise hielt, im Zusammenhang mit der Notverordnung der Reichsregierung, die auch auf die Gemeindefinanzen eine wesentliche Einwirkung ausüben soll. Nach der Deutschen Städte- tagung ließ durch die Herren Schim und Ruffert dem Reichskanzler die Not der Städte vortragen.

Wie das Nachrichtenbüro des B.D.S. von gut unterrichteter Stelle hört, hat Papen bei den Verhandlungen mit den verschiedenen Interessenten immer wieder darauf hingewiesen, daß eine vollständige Umorganisation der Sozialversicherung durch Notverordnung erfolgen werde.

Aufhäuser wandte sich dann den außenpolitischen Fragen zu und wies darauf hin, daß die Regierungserklärung in diesem Punkte außerordentlich zahn gehalten sei. Wir kennen die politischen Ansichten des Kreises um Herrn von Papen aus dem Herrenklub. Man erstrebt ein Militärabkommen mit Frankreich und Polen gegen Rußland. Die Herren mögen aber versichert sein, daß sie bei einem solchen Kapitalistenkrieg auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse, wie auch immer sie parteipolitisch eingestellt sein mag, stoßen würde. (Minutentange stürmische Zustimmung.)

Vielleicht leben jetzt die Kommunisten den Fehler des Nationalsozialismus ein.

Nicht durch eine Partei, sondern durch proletarisches Pflichtbewußtsein kann eine Einheitsfront hergestellt werden. Die Führer der Kommunisten haben die geschichtliche Situation noch nicht begriffen. Die Einheitsfront ist für uns kein Objekt agitatorischer Demagogie. (Lebhafte Beifall.)

Der Faschismus steht vor der Tür, und in der Arbeiterklasse, das wissen wir aus den Betrieben, lebt die gewaltige Sehnsucht, die große Kraft einer einheitlichen Arbeiterklasse in die Waagschale werfen zu können.

Das kann nicht mechanisch geschehen, das kann nur kommen, wenn Arbeiter in ihren Kämpfen untereinander auf Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit setzen. Wesen und Inhalt dieses Wahlkampfes muß sein, die Einheit aller Schaffenden gegen Reaktion und Kapitalismus für den Sozialismus herzustellen. Diese Einheitsfront ist für uns die Eisernen Front, die Vereinigung der politisch, wirtschaftlich und kulturell über den Parteirahmen hinaus organisierten Arbeiter. (Begeisterter Beifall.)

Der Abgeordnete Straßer hat den Gewerkschaften einen Röder hinterlassen und sie von der Sozialdemokratie hinweggelassen wollen. Unser unerschütterliches Zusammenarbeiten, das sich auch heute kundtut, zeigt, wie sehr er sich geirrt hat. Die Arbeiterklasse ist und bleibt einig. Wir aber fragen die Proletarier aus der EW, wie lange sie noch für diese Klassenfeinde kämpfen wollen. Man erlaubt sie und gibt ihnen eine neue Uniform, man kleidet sie ein und verleiht ihnen einen Totentopf, sie dürfen hauen, stechen und schießen, sie dürfen nur nicht fragen wofür! Die Politik macht das Kabinett im Verein mit dem Braunen Haus, den Proletariern der EW, wird man später mitteilen, wofür sie als Kanonenhüter dienen sollen. Heute regiert Herr von Schleicher, und es scheint, daß Hitler Mieter in der Bendlerstraße, nicht aber Schleicher Mieter im Braunen Hause ist. Schleicher hat angelagt, daß er vier Jahre regieren will. Das beweist uns, daß der Hauptkampf für uns nach dem 31. Juli erst beginnt. Hindenburg hat gesagt, daß seine Vergangenheit für seine Verfassungstreue bürgt. Wir aber sind in Sorge, weil die

Chauffeurs des Reichswagens gewechselt

haben, in dem der Reichspräsident als Inoffizieller figt. Die Lokomotive heißt nicht Weimar, sondern Potsdam, und der Bunker an der linken Seite ist weggeworfen. Wir wissen noch nicht, wohin der Wagen gesteuert werden soll. Aber die Kraft der Eisernen Front wird ausreichen, sich einer solchen Begrüßung entgegenzustellen.

Wir weichen weder vor Drohungen noch vor Gewalt. Unsere motorische Kraft ist der Wille zu sozialistischer Gestaltung. Die ökonomische Entwicklung ist für uns, der Verfall des Kapitalismus wird weder durch ein Präsidialkabinett, noch durch den Befehl der Reichswehr und der Landwehr der EW aufgehoben werden.

Sozialistische Gegenwartsarbeit ist unsere historische Aufgabe der Stunde. Liste 1 muß eine Liste sozialistischen Aufbaues in Gemeinwirtschaft, Planwirtschaft und Bedarfswirtschaft sein. Es liegt kein Grund zur Entmutigung vor.

Das sagen wir gerade heute im Gedanten an den Todestag Matteottis, des tapferen Vorkämpfers des italienischen Proletariats. Das Zeichen unserer drei Pfeile sagt: Disziplin, Aktivität, Geschlossenheit! Kein Hitler-Deutschland, keine Generalsdiplomatie, keine kapitalistische Sklaverei, nein: Arbeit, Brot und Friede! (Stürmischer Beifall.)

In seinem Schlusswort begrüßte Genosse Künstler die als Gäste anwesenden Genossen Smith und Stolz vom Internationalen Gewerkschaftsbund und Genossen Kainin aus Lettland. Er schloß den Führerappell mit einem begeistert aufgenommenen Aufruf zur höchsten Kampfbereitschaft.

Sächsische Lektion an Papen.

Gegen die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen.

Im Sächsischen Landtag erklärte am Donnerstag auf eine sozialistische Anfrage Ministerpräsident Schlegel: Sollte es in Preußen zur Bestellung eines Reichskommissars kommen, so wird abzuwarten sein, inwiefern der Reichspräsident und die Reichsregierung eine der Voraussetzungen des Artikels 48 der Reichsverfassung für gegeben erachten. Die Tatsache allein, daß eine Landesregierung eine geschäftsführende ist, wäre jedenfalls nach meiner Ueberzeugung nicht ausreichend. Ich spreche damit also wirklich nicht pro domo. Es handelt sich für mich lediglich darum, daß mich Reichs- und Landesverfassung verpflichten, das mir anvertraute Gut der Selbständigkeit des Landes nach Kräften zu wahren. Von diesem Standpunkt aus muß ich aber erklären, daß auch eine geschäftsführende, parlamentarisch nicht bestätigte Regierung eine in der Verfassung vorgesehene Einrichtung sei und darum allein deshalb, weil sie geschäftsführend ist, nach meinem Urteil nicht durch einen Reichskommissar ersetzt zu werden. Und ebensoviele sind Haushalts- und Kassenschwermereien ein hinreichender Anlaß, die Landesregierung durch einen Reichskommissar zu ersetzen. Ich möchte annehmen, daß sich keine Reichsregierung diesen Ermächtigungen verschließen wird, und daß deshalb das Mittel der Reichsregierung — denn darum handelt es sich hoch bei der Bestellung des Reichskommissars — nur dann angewandt wird, wenn wirklich dem Reich für sein Dasein aus einem Lande schwere Gefahren drohen.

1932 nicht 1931! Das britische Oberhaus hat, entgegen der Regierungsvorlage, mit 65 gegen 22 Stimmen beschlossen, daß gegen jugendliche Delinquenten männlichen Geschlechts Prügelstrafe verhängt werden kann. Die Schläge sollen mit einer Birkenrute erteilt werden.

Der Druck auf Preußen.

Letzter Ausweg aus bedenklicher Krise.

Die preussische Regierung sieht sich gezwungen, in einer Zeit höchster wirtschaftlicher Not und politischer Spannung eine neue Steuer einzuführen. Die Hauszinssteuerermäßigungen zu reduzieren und einen Teil der Beamtengehälter einzubehalten. Wenn eine Regierung von so sozialer Gesinnung wie die preussische einen solchen Weg beschreitet, dann muß es wirklich der letzte Ausweg zur Aufrechterhaltung einer gesunden Finanzwirtschaft sein. Denn die Schlachtsteuer ist eine sehr rohe indirekte Steuer, die lebenswichtigen Bedarf trifft, die neue Hauszinssteuerregelung bedeutet faktisch für eine leistungsschwache Schicht von Mietern eine fühlbare Mietsteigerung, und die Einbehaltung eines Teils der Beamten- und Angestelltengehälter muß sich zunächst als ein Gehaltsabbau auswirken.

Wir haben gar keinen Grund mit diesem harten Urteil über die Maßnahmen der preussischen Regierung zurückzuhalten, aber kann man ihr selbst die Schuld daran geben? Halten; aber kann man ihr selbst die Schuld daran geben? strengste um die Herstellung des Haushaltsgleichgewichts bemüht. Sie suchte nach einem gangbaren Weg, um neue Steuern zu vermeiden und doch das Abgleiten in die Schuldenwirtschaft zu verhindern. Sie fand den Ausweg in der Veräußerung von Vermögen an das Reich. Dazu war das Reich auch bereit, der Kaufpreis von 100 Millionen vereinbart. Aber im letzten Augenblick ließ das Reich Preußen im Stich und löste das Versprechen nicht ein. Was blieb nun Preußen anderes übrig, als aus eigener Kraft den Weg zur Ausgleichung des Haushalts zu finden?

Aber die Schuld des Reichs liegt noch tiefer. Es ist doch kein Zufall, daß ein Land nach dem anderen und selbst die größten Länder nach Preußen (Bayern und Sachsen) dazu übergehen, die Schlachtsteuer einzuführen. Die Länder müssen zu solchen bedenklichen Maßnahmen zwingen, weil das unglückselige System des Finanzausgleichs ihnen keinen anderen Ausweg läßt. Das Reich häuft auf die Länder und Gemeinden Lasten über Lasten, aber es verlagert ihnen die Mittel und versperrt ihnen die normalen Steuerwege, um der Aufgaben, mit denen sie belastet werden, gerecht werden zu können. Schon sind die Gemeinden, überlastet durch die Wohlfahrtsfürsorge, in die Defizitwirtschaft hineingezogen worden, und so werden die Länder genötigt, zu Verzweiflungsmaßnahmen zu greifen, wie sie die neue preussische Rotorordnung darstellt. Nur Böswillige oder Gedankenlose könnten die preussische Regierung verantwortlich machen für einen Schritt, der ihr von außen aufgezwungen wurde.

Wenn aber auch grundsätzlich der Notstand Preußens anerkannt werden muß, so könnte doch wenigstens in einem Punkt an eine Milderung der geplanten Maßnahmen gedacht werden. Es könnte den Beamten und Angestellten das Opfer, das sie der Finanznot des Staates bringen müssen, dadurch gemildert werden, daß man die Zurückbehaltung eines Teils des Gehalts in eine Art Zwangssparkasse erträglicher macht. Die Finanznot zwingt den Staat, von seinen Beamten und Angestellten zu verlangen, daß sie zwangswise beim Staat einen Teil ihres Gehalts sparen. Dafür gebührt ihnen aber auch eine Verzinsung des „gesparten“ Gehaltsteils etwa in der Höhe, in der auch die Sparbanken Spargelder verzinsen. Das würde für den Staat keine große Belastung bedeuten, es den Beamten und Angestellten aber wesentlich erleichtern, der Notmaßnahme des Staates Verständnis entgegen zu bringen.

Die Proletarier aber, denen jetzt der volle Hauszinssteuerbetrag aufgeladen wird, von dem sie bisher infolge ihres geringen Einkommens befreit waren, müssen schleunigst in anderer Weise davon geschützt werden, daß sie sowohl als Konsumenten wie als Mieter die einzigen Schichten bleiben, die den vom Reich verschuldeten preussischen Fehlbetrag decken müssen.

Demonstrationsanträge.

Die deutschnationale Fraktion hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Die neue Rotorordnung der noch die Geschäfte führenden preussischen Regierung bringt mit ihren Bestimmungen über die Verringerung der Hauszinssteuerordnung, die Einführung der Schlachtsteuer und die Gehaltskürzung für Beamte und Angestellte neue untragbare Lasten. Der Landtag wolle daher beschließen: Die Rotorordnung wird aufgehoben.

Auch die kommunistische Fraktion fordert in einem Antrag die sofortige Aufhebung der Rotorordnung.

Die deutschnationalen demonstrieren in Preußen. Die untragbaren Lasten, die ihre Parteigänger im Kabinett der Barone für das Volk in Vorbereitung haben, finden dagegen ihren möglichen Befreiungsweg.

Die Wahl des Ministerpräsidenten.

Wahrscheinlich am 22. Juni.

Wie das Nachrichtenbüro des BZJ. in parlamentarischen Kreisen hört, ist nicht damit zu rechnen, daß sich im Ministerrat des Preussischen Landtags eine Mehrheit für die Vorverlegung des Wiederzusammentritts des Landtagsplenums auf den 14. Juni oder einen anderen Termin vor den heftigen Wahlen findet.

Dagegen dürfte im Ministerrat verlangt werden, daß auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung des Landtags am 22. Juni außer der bereits vorgesehenen endgültigen Wahl des Landtagspräsidenten auch die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten gesetzt wird.

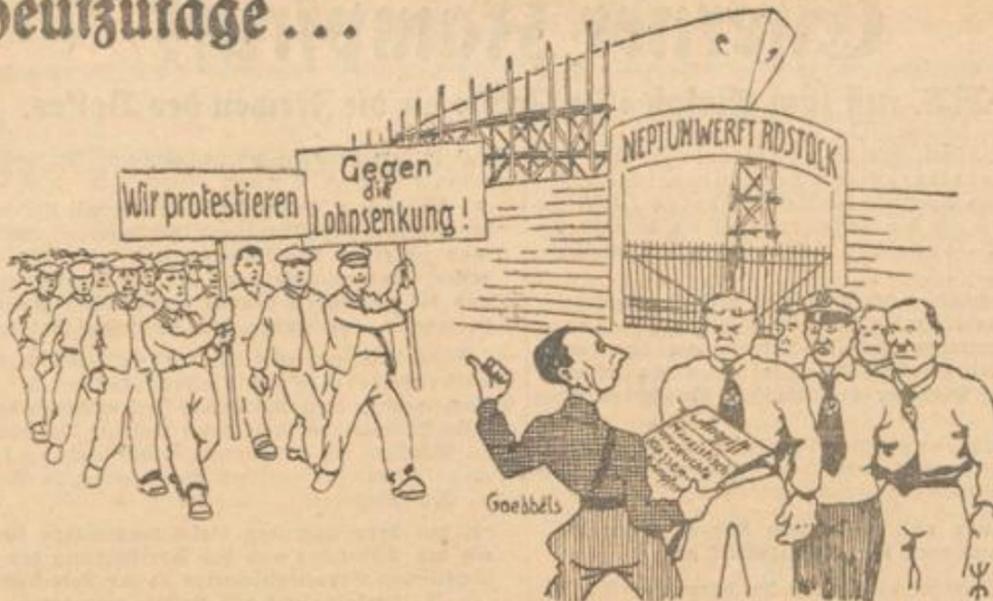
Die Freunde der Barone.

Bereinigte Vaterländische Verbände sind begeistert.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände, eine konservativ-rechtsradikale Organisation, begrüßen begeistert das Kabinett der Barone und danken Hindenburg für seine Berufung. Das ist um so charakteristischer, als sie während den Wahlkampf gegen Hindenburg für Hitler betrieben hatten.

Endgültiges Wahlergebnis in Oldenburg. Der Verbandswahlprüfung hat am Mittwoch das endgültige Ergebnis der Oldenburgischen Landtagswahlen festgestellt, das von dem parteilosen amtlichen nicht abweicht. Daraufhin hat nunmehr das Staatsministerium den Landtag zum 16. Juni zur Eröffnungssitzung einberufen.

Heutzutage ...



„Da seht ihr, wohin die Begehrlichkeit der Massen führt, wenn die moralischen Kräfte durch Klassenhaß zerstört sind!“

„Wohin denn, waderer Führer?“

„Zur Aussperrung natürlich! Oder glaubt ihr, sowas läßt sich ein Brotgeber heutzutage ungestraft gefallen?“

Straffreiheit für Terroristen.

Amnestieanträge im preussischen Rechtsausschuß angenommen.

Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtags beriet am Donnerstag über die von den Nationalsozialisten und Kommunisten gestellten Amnestieanträge. Da die beiden radikalen Hilfsparteien im Landtag — und daher auch im Rechtsausschuß — zusammen über die absolute Mehrheit verfügen, so war die Annahme von vornherein sicher, wenn die Kommunisten den Nazis Hilfeleistung leisteten. Und sie taten es!

Nachdem der Berichterstatter Sting (Nsoz.) ein einseitiges Plädoyer für den nationalsozialistischen Antrag gehalten und der Kommunist Steinjurtz eine der üblichen kommunistischen Agitationsreden vom Stapel gelassen hatte, führte namens der Sozialdemokratie Abg. Ruttner aus:

Diese Amnestie, wie sie Nationalsozialisten und Kommunisten für alle politischen Delikte ohne Unterschied fordern, ist gekennzeichnet durch ihre Uferlosigkeit. Auch die

schwersten und rohsten Taten, Mord und bestialischer Totschlag, sollen nach dieser Amnestie völlig straffrei sein.

Dabei operieren Nationalsozialisten wie Kommunisten ständig mit dem Versprechen, daß sie die politischen Gegner erschlagenen Anhänger, die je mehrere hundert Namen umfassen. Während sie auf den Strafen sich gegenseitig „Rache“ zusprechen, vereinigen sie sich im Parlament, um den Mörder ihrer Parteifreunde die Straffreiheit zuzusichern. Besonders tragisch ist der Widerspruch bei den Nationalsozialisten. Erst am 3. Juni 1932 hat der nationalsozialistische Abg. Freister im Landtag eine Rede gehalten, worin er das Zentrum dafür verantwortlich gemacht hat, daß angeblich 300 Nationalsozialisten in Deutschland straffrei hätten ermordet werden können. Wörtlich hat Herr Freister ausgeführt:

Ist das Christentum, daß man ein jahrelanges Verbrechen nachher ungestraft davontommen läßt? Nein, Christentum heißt dafür sorgen, daß das Verbrechen in einem Volke nicht überhand nimmt, Christentum heißt, daß jeder Mann, der sich gegen die Grundgesetze des Volkstums zu verhalten wagt, dafür auch dem Volke Rechenschaft zu geben hat. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Nsoz.)

Es ist typisch nationalsozialistisch, daß sie im gleichen Atemzug Rache wie Amnestie fordern. Die Urheber der Amnestieanträge haben sich überhaupt nicht klar gemacht, welche Taten alle unter die von ihnen verlangte Amnestie fallen. In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß Nationalsozialisten in Landfriedensbruch-Prozessen verurteilte Serienmörder geleistet haben, um unschuldige Gegner ins Gefängnis zu bringen. Ein duzendmal hat sich der Fall ereignet, daß Nationalsozialisten sich selbst Verletzungen beigebracht und dann politische Gegner des verurteilten Mordes bezichtigt haben. Solche Taten, wie sie gemeiner nicht gedacht werden können, sollen auch straffrei bleiben. Amnestie hat nur Sinn, wenn ihre Folge eine allgemeine Befriedung ist. Aber die Antragsteller wollen das Gegenteil.

Die Nationalsozialisten wollen den Terror legalisieren. Sie wollen ihren Anhängern die Ueberzeugung verschaffen, daß sie politische Gegner umbringen und niedererschlagen können, ohne dabei die geringste Strafe zu riskieren.

Die Folge dieser Amnestie wird nicht eine Beruhigung des öffentlichen Lebens, sondern eine ganz gewaltige Zunahme der politischen Gewalttaten sein. Alle politischen Mörder werden darauf vertrauen, daß es ihres Jahr eine neue Amnestie gibt. Das Tragikomische ist bei der Sache, daß die Kommunisten wieder einmal den Nationalsozialisten bei der Ausbreitung ihres Terrors helfen, obwohl Gregor Strasser angekündigt hat, daß unter nationalsozialistischer Herrschaft jeder Kommunist niedergeschlagen werde, der noch wagen sollte „Heil Moskau!“ zu rufen.

Wir Sozialdemokraten lehnen die Legalisierung des Terrors ab.

Wenn aber durchaus amnestiert werden soll, so verlangen wir die Begnadigung derer, die sich verteidigt und die Republik geschützt haben. Einen solchen Antrag haben wir eingebracht. Ferner verlangen wir eine wirtschaftliche Amnestie für Delikte, die aus Not begangen sind, allerdings mit der Einschränkung, daß solche Taten davon ausgenommen bleiben, die aus Habgier, Gier nach Gewinn und gemeiner Gesinnung der Täter begangen worden sind. Ein entsprechender Antrag liegt gleichfalls vor.

Sehr zurückhaltend äußerte sich der Vertreter des Zentrums, der eine Reihe von Währungsanträgen vorlegte, durch die der nationalsozialistische Amnestieantrag abgeschwächt werden sollte

Der Antrag will u. a. Verbrechen gegen das Leben, schweren Raub, Brandstiftung und ähnliche Gewaltdelikte von der Amnestie ausnehmen.

Als Vertreter des preussischen Justizministeriums warnte Ministerialdirektor Huber vor Annahme einer zu weit gehenden Amnestie. In Beantwortung einer Anfrage des sozialdemokratischen Redners gab er Auskunft über die Zahl der politischen Mordfälle in den letzten Jahren:

Vom 1. Januar 1931 bis 31. Mai 1932 sind in Preußen 80 bis 90 politische Mordtaten vorgekommen. In einzelnen Fällen sind dabei mehrere Personen getötet, in zahlreichen Fällen außer den Getöteten noch zahlreiche Personen schwer verletzt worden.

Die Zahl der politischen Morde ist im Steigen. Dies geht daraus hervor, daß von den genannten 80—90 Fällen auf die fünf Monate des Jahres 1932 allein 40 Mordtaten kommen. Auch der Vertreter des Justizministeriums ist der Ansicht, daß durch die Amnestie die Zahl der politischen Gewaltdelikte noch weiter erheblich zunehmen wird.

Der deutschnationale Dr. Jubke erklärte sich für den nationalsozialistischen Antrag!

In der Abstimmung wurde zunächst der kommunistische Amnestieantrag gegen die Antragsteller abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, der Amnestie für die Verteidiger der Republik fordert. Dagegen wurde der

sozialdemokratische Antrag auf Straffreiheit für aus Not begangene wirtschaftliche Vergehen mit den Stimmen der Linken und des Zentrums angenommen.

Nunmehr wurde der nationalsozialistische Amnestieantrag zur Abstimmung gestellt. Zu Beginn dieser erklärte der Kommunist Steinjurtz: Nachdem der kommunistische Antrag, der die Beschäftigten von der Amnestie ausnehmen wollte, abgelehnt sei, würden die Kommunisten für den nationalsozialistischen Antrag stimmen, der die allgemeine politische Amnestie enthält. Er protestierten aber dagegen, daß durch diese Amnestie auch die nationalsozialistischen Arbeitermörder in Freiheit gesetzt würden. (Schallende Heiterkeit.)

Dann wurden die Bestimmungen des nationalsozialistischen Gesetzentwurfes, die die allgemeine Amnestie für alle politischen Straftaten vorsehen, mit der

Meiherheit Nationalsozialisten — Deutschnationale — Kommunisten

angenommen. Für die weiteren Bestimmungen, die eine Beamtenamnestie (Rückgängigmachung von Disziplinarstrafen) forderten, stimmte zum großen Teil auch das Zentrum. Dagegen wurde der Zentrumsantrag, der die Verbrechen gegen das Leben von der Amnestie ausnehmen will, gegen die Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten abgelehnt!

Eine besondere Debatte forderte nach der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes. Der nationalsozialistische Antrag will, daß das Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft tritt. Das Zentrum beantragte, den 1. Juni 1932 als Stichtag. Ministerialdirektor Huber wies wörtlich darauf hin, daß die nationalsozialistische Fassung geradezu dazu ermittle, noch rasch vor Inkrafttreten des Gesetzes Gewalt- und Mordtaten zu begehen, somit Straffreiheit sogar für künftige Verbrechen in Aussicht stelle. Trotzdem lehnte die nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit den Zentrumsantrag ab und bestätigte es bei dem nationalsozialistischen Wahnsinn. Die gleiche Mehrheit nahm auch noch eine Entschärfung an, wonach die preussische Regierung schon vor Inkrafttreten des Gesetzes alle Strafverfahren unterbrechen und alle Verurteilten auf freien Fuß setzen soll, ferner einen kommunistischen Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Ueberwachungs Ausschusses zur Durchführung des Gesetzes.

Eine zweite Sitzung zu redaktionellen Zwecken soll am Freitag stattfinden. Ebenso sollen am Freitag verhandelt werden die Anträge über

Begnadigung der Bombenwerfer Klaus, Heim und Genossen, sowie ein kommunistischer Antrag auf Begnadigung von Abtreibungsdelikten.

Trotz dem Erfolge der verbündeten Radikalen ist noch keineswegs gewiß, ob diese Brämierung des nationalsozialistischen Terrors wirklich Gesetz werden wird. Im Ausschuß wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß möglicherweise der Staatsrat gegen das Gesetz Einspruch erheben könnte.

Eiserner Kampfruf!

DBB. ruft zum Einsatz aller Kräfte für die Freiheit des Volkes.

Am 8. und 9. Juni tagte der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Neben den Beratungen für den bevorstehenden Verbandstag besaßte sich die Konferenz auch mit den Gefahren, die den deutschen Arbeitern aus der Bildung des Adelskabinetts im Reich drohen.

Nach einer Darstellung des Ablaufs der politischen Geschehnisse der letzten Wochen durch den Vorsitzenden Genossen Brandes und lebhafter Aussprache durch die Vertreter aus dem ganzen Reich beschloß der erweiterte Beirat einstimmig folgenden Aufruf an die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes:

Die neue Regierung Papen-Schleicher hat sich in der offiziellen Regierungserklärung als der schlimmste Gegner einer freiheitlichen Arbeiterschaft gekennzeichnet.

Diese Regierung ruft offen zum Kampf gegen die Grundlagen der Sozialpolitik auf

und damit zur Vergrößerung der Not der hungernden Arbeiterschaft. Sie ist der Ausdruck des schärfsten Klassenkampfes gegen die breiten Massen des deutschen Volkes; sie scheut sich nicht, den Staat, der nicht einmal den Hunger seiner notleidenden Bürger stillt, als Wohlfahrtsanstalt zu bezeichnen. Diese Regierung hat es gewagt, die gewaltige Arbeitslosigkeit als Ergebnis der dauernd verschlechterten Sozialpolitik anzusprechen, anstatt die

Schuld in dem Verfall der kapitalistischen Wirtschaft zu brandmarken.

Die Regierung Papen-Schleicher ist mit Unterstützung der Nationalsozialisten gebildet worden, um Deutschland zu einer Wohlfahrtsanstalt nicht für die Arbeiter, sondern besonders für die Großgrundbesitzer und die unfähigen kapitalistischen Wirtschaftsführer zu machen auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft.

Gegen diese auf allen Gebieten reaktionäre Regierung, die eine verschleierte Militärdiktatur ist, die keine Effizienzgrundlage durch das deutsche Volk bekommen hat, wird der Deutsche Metallarbeiter-Verband zur Wahrung der Lebensinteressen seiner Mitglieder wie der gesamten Arbeiterschaft den schärfsten Kampf führen. Der erweiterte Beirat fordert die Metallarbeiterschaft Deutschlands auf,

bei den bevorstehenden Reichstagswahlen im Interesse der Sicherung und der Fortführung der gewerkschaftlichen Erzeugnisse in der Wirtschafts- und Sozialpolitik alle Kräfte einzusetzen.

Der Kampf gegen das Kabinett Papen-Schleicher und gegen die hinter ihm stehenden Parteien einschließlich der Nationalsozialisten ist ein Kampf um die Freiheit des deutschen Volkes, der mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zum Siege geführt werden muß.

IOB. tagt in Berlin.

Reparaturen und Wirtschaftskrise.

Am Donnerstag trat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu seiner regelmäßigen Sitzung zusammen. Als erster Punkt der Beratungen wurde die Reparationsfrage einer eingehenden Besprechung unterzogen.

Der Vorstand war sich vollkommen einig über die Notwendigkeit, die Frage der Reparationen endlich aus der Welt zu schaffen, mit dem Ziele der politischen Befriedung Europas und damit auch der Beseitigung einer der Ursachen der Wirtschaftskrise. Der Vorstand war sich auch einig darüber, daß mit der Lösung der Reparationsfrage ein entscheidender Schritt getan würde, um die politischen Spannungen und die Unsicherheiten zu überwinden, die heute in Europa vorherrschen. Der Vorstand beauftragte das Sekretariat, in diesem Sinne eine Entschließung auszuarbeiten, die in der heutigen Vormittagssitzung zur Annahme gelangen dürfte.

Weiter beauftragte der Vorstand das Sekretariat mit der Vorbereitung gewisser Arbeiten im Hinblick auf die Lösung der Weltwirtschaftskrise.

Der Vorstand wandte sich dann der Beratung des sozialpolitischen Programms zu, die heute fortgesetzt wird.

IOB. gegen Sonderbelastung.

Für gerechte und soziale Lastenverteilung.

Zu den neuesten Gehaltskürzungsmaßnahmen in Preußen und im Reich teilt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund folgendes mit:

Bei aller Würdigung der finanziellen Zwangslage, in die der preussische Staat infolge der Krise und der jüngsten politischen Ereignisse im Reich gekommen ist, muß schärfster Protest gegen die durch die neue Rotverordnung verfügte Ein-

behaltung von 5 Prozent bzw. 2 1/2 Prozent der Bezüge eingelegt werden. Diese Einbehaltung von Gehaltsanteilen bedeutet nichts anderes als eine weitere Gehaltskürzung gegenüber den preussischen Beamten, die ohnedies neben den vom Reich verfügten Gehaltskürzungen schon durch die bisherigen Sondermaßnahmen Preußens schwer getroffen sind.

Es ist allmählich zur Übung geworden, die gesetzlich festgelegten Gehälter, auf die die Beamten einen Rechtsanspruch haben, als eine Art allgemeine Reserve anzusehen, auf die beim Eintreten finanzieller Schwierigkeiten zurückgegriffen wird. Dieses Verfahren muß auf das entschiedenste verurteilt werden. Es nimmt keinerlei Rücksicht auf die materielle Notlage, die nach den vielen Gehaltskürzungen in den unteren und mittleren Gruppen besteht. Es kommt hinzu, daß auch diese neueste Maßnahme wieder den Charakter einer ausschließlich gegen die öffentlichen Bediensteten gerichteten Sonderaktion trägt. Ohne Rücksicht auf den Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit werden den Beamten immer neue Sonderlasten aufgebürdet, wobei nicht einmal der soziale Gesichtspunkt der Schonung kleiner und kleinster Einkommen Berücksichtigung findet.

In gleicher Weise protestieren wir auf das schärfste gegen die von der Reichsregierung geplante Erhebung einer Beschäftigungssteuer oder Festbestedienabgabe in Höhe von 1 1/2 Prozent für die Beamten, ohne jede Freigrenze oder soziale Staffelung. Dieser erneute Eingriff in die Beamtenrechte, die unerträgliche Verschlechterung der materiellen Lage vieler Beamtenkreise muß das Vertrauen der Beamtenschaft zum Staat und seiner Führung aufs schwerste erschüttern.

Protest des DBB.

Auch der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes nahm in seiner Sitzung vom Donnerstag zu den neuen preussischen Gehaltskürzungen und den bevorstehenden Maßnahmen der Reichsregierung Stellung. Zu der Absicht der Reichsregierung, eine Beschäftigtensteuer in der zu erwartenden Rotverordnung unter anderem Namen einzuführen, und zu der preussischen Rotverordnung nahm der Vorstand einstimmig eine Entschließung an, in der er nochmals auf seine Vorschläge zur Behebung der Finanzschwierigkeiten hinweist und gegen die Sonderbelastung der Festbestedien einschließlich der Pensionäre und Hinterbliebenen protestiert.

Außerdem haben gestern mittag Vertreter des Deutschen Be-

amtenbundes dem Reichsfinanzminister Grafen Schwerin-Krosigk die Auffassung der Beamtenschaft in einer Unterredung unterbreitet. Während seiner Sitzung hat der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes ein Telegramm an den Reichskanzler und an sämtliche Reichsminister gerichtet, in dem ein Einzelergaß von den Länder nach Art der preussischen Verordnung vom 8. Juni als unerträglich erklärt wird. Um solchem Vorgehen den Boden zu entziehen, wird die Reichsregierung gebeten, dem Reichspräsidenten die sofortige Aufhebung der Ermächtigungsvorordnung vom 24. August 1931 vorzuschlagen. Weiter wandte sich der Vorstand in einer Entschließung aufs schärfste gegen den im Preussischen Landtag von der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gestellten Antrag auf Auflösung des Verbandes preussischer Polizeibeamten.

Konflikt im Kohlenhandel.

Die im Gesamtverband organisierten Berliner Kohlenarbeiter standen gestern abend in ihrer Branchenversammlung im Hacheimer Hof vor sehr folgenschweren Entschlüssen. Sie hatten über den am 1. Juni gefällten Schiedsspruch zu entscheiden, der ab 10. Juni einen Abbau sämtlicher Löhne im Kohlenhandel um 8 bis 10 Proz. und daneben noch eine Anzahl von Verschlechterungen der sozialen Bestimmungen des Manteltarifs vorsieht. Für den sogenannten ständigen Kohlenarbeiter zum Beispiel, der jetzt für seine überaus schwere und ungesunde Arbeit einen Stundenlohn von 1,03 Mark bekommt, soll der Stundenlohn auf 93 Pfennig herabgesetzt werden.

Die Funktionäre der Branche hatten der Vollversammlung einstimmig die Ablehnung des Schiedsspruchs empfohlen. Seit der Funktärkonferenz hat sich die Situation noch infolgedessen verschärft, als die Unternehmer schon vor dem Ablauf der Erklärungsfrist den Schiedsspruch angenommen und darüber hinaus gestern, Donnerstag, allen Arbeitern das Arbeitsverhältnis gekündigt haben. Den Kohlenarbeitern ist zwar die Weiterbeschäftigung in Aussicht gestellt worden, aber nur zu den Löhnen des Schiedsspruchs und zu noch schlechteren sozialen Arbeitsbedingungen, als sie der Schiedsspruch festgelegt hat. Den durch den Schiedsspruch gekürzten Zuschuß zum Krankenlohn wollen die Kohlenhändler überhaupt nicht mehr zahlen.

Nach mehrstündiger Debatte beschloß die Versammlung in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit die Ablehnung des Schiedsspruchs. Am Freitag und Sonnabend wird in allen Betrieben eine Streikabstimmung durchgeführt. Von der Organisationsleitung geht an alle Kohlenarbeiter die Aufforderung, die von den Unternehmern vorgelegten Verträge nur unter Vorbehalt zu unterschreiben. Die Abstimmungsergebnisse müssen bis Montag vormittag der Ortsverwaltung des Gesamtverbandes übermittelt sein, damit die Beamtenschaft noch am gleichen Tage die notwendigen Beschlüsse fassen kann.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Donnerstag, 10. Juni, 1932, 19 Uhr, tagen die Gruppen: Süden: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Pflügen und Ausgären des Berufsständlers. — Charlottenburg: Jugendheim, Breite Str. 28. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Köpenick: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Neukölln: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Tempelhof: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Tiergarten: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Westend: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Wilmersdorf: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Zehlendorf: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angefallten

Donnerstag, 10. Juni, 1932, 19 Uhr, tagen die Gruppen: Süd: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Pflügen und Ausgären des Berufsständlers. — Charlottenburg: Jugendheim, Breite Str. 28. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Köpenick: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Neukölln: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Tempelhof: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Tiergarten: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Westend: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Wilmersdorf: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung. — Zehlendorf: Jugendheim, Scherzstraße, 9. Arbeitslosen- und Rentnerbesprechung.

Verantwortlich für Politik: Victor Schill; Wirtschaft: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsberatung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schifawski; Lokales und Sonstiges: Feig Karstadt; Anzeigen: Th. Glöde; Familien in Berlin: Verlag: Hermannsberg-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Hermannsberg-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin; 68. Lindenstraße 2; Distanz 2. Beilagen.

Geflügel

Hühner frisch . . . Pfund	74 Pf.
Brathühner frisch . . . Pfund	0.96
Tauben Stück	0.58
Gänse gefroren Pfund	0.42
Wolghühner gefror. . . Pfund	0.55
Poulets gefroren Pfund	0.74

Konserven

Apfelsmus weiß	48 Pf.
Pflaumen halbe Frucht . . .	0.72 mit St. 0.58
Erdbeeren	0.98
Kaliforn. Pfirsiche halbe Frucht	1.15
Jg. Schnitt- u. Br.-Bohnen l	0.48
Gem. Gemüse fein 1.25 mittel.	0.95
Kaiserschoten (1/2 Dose) 0.68	1.15
Sellerie (1/2 Dose) 0.40	0.65
Konfitüre 2-Pfund-Eimer	1.10
Erdbeer, Aprikose, Orange	

Wurst

Fleisch- u. Heringssalat	60 Pf.
Dampf- u. Fleischwurst Pfd.	0.65
Landleberwurst Pfund	0.95 0.76
Jagdwurst Pfund	0.95 0.78
Mettwurst Braunschw. Art. Pfund	0.78
Schinkenpolnische . . . Pfund	0.98
Feine Leberwurst Pfund	1.08 0.95
Zervelat- u. Salamiwurst Pfd.	1.06
Speck mager. Pfd. 0.82 fett. Pfund	0.58
Pökelfleisch gek. in Stck. Pfund	0.88
Roher Schinken geschm. 1/2 Pfd.	0.38

Fett

Margarine, Kokosfett	32 Pf.
Roh- u. Bratenschmalz Pfd.	0.36
Molkereibutter Pfund	1.16
Markenbutter Pfund	1.34

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an. Leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt.

Billige Lebensmittel

Kalbshaxe (Mengenabgabe bis 5 Pfund)	
Pfund	28 Pf.
Schweinebauch	
Pfund	44 Pf.
Schweineschulter	
Pfund	54 Pf.

Gemüse	
Spargel Pfund 0.42 0.25	8 Pf.
Neuer Wirsingkohl . . . Pfund	0.12
Salat 4 Köpfe, Blattspinat 3 Pfd.	0.18
Junge Kohlrabi Mandel	0.25
Junge Mohrrüben Bund	0.26
Grüne Gurken Stück von an	0.26
Grüne Bohnen Pfund	0.38
Schoten Pfund	0.40
Neue Kartoffeln . . . 3 Pfund	0.38

Frisches Fleisch	
Kalbskamm Pfund	0.36
Kalbsbrust u. -Rücken Pfund	0.42
Kalbsroulade Pfund	0.78
Kalbsköpfe m. Hirn u. Zunge, Stck.	0.78
Kalbskotelett Pfund	0.98
Kalbsschnittel Pfund	1.28
Schweinekotelett . . . Pfund	0.78
Schweineschnittel . . Pfund	0.98
Schweineleber Pfund	0.66
Mastochsen-Fleisch . . Pfund	0.48
Mastochsen-Schmorfl. Pfund	0.78
Mastochsen-Roulade Pfund	0.88
Bratf. Fett 0.38 Gehacktes	0.50

Käse

Holländer, Edamer, Tilsiter, Steinbuscher	64 Pf.
Camembert vollfett, Hallmond	0.20
Harzerkäse . . . 1-Pfund-Paket	0.28
Limburgerkäse vollf. 0.68 halbf.	0.38
Emmentaler Art Schabti 6 Port.	0.48
Blockkäse (Tilsiter Art) halbf. Pfd.	0.46
Schweizer bayr. vollfett. Pfd. von an	0.95

Wildschwein	
Blatt Rücken Keule	
Pfd. 68 Pf. 78 Pf. 98 Pf.	
Rehfleisch	
Pfd. 70 Pf. 88 Pf. 98 Pf.	
29er Johannisberger Hermannsberg	
Rheingau, Creszanz von Mumm	
1/2 Flasche exkl. 85 Pf.	
(10 Flaschen 8 M)	

Wein	
Preise für 1/2 Fl. o. Glas	58 Pf.
1931 St. Johannes Stbg.	
3 preiswerte Moselweine	
1929 Minheimer Pichler . . .	0.98
1930 Wehlener Juffer . . .	1.10
1928 Zeltinger Schloßberg	1.50
Apfelwein Rokokos Urquell . . .	0.50
Weißwein Rheingau, Ltr. 0.55 5 Ltr.	2.65
Rotwein Dürkheim, Ltr. 0.75 5 Ltr.	3.50
Tarragona . . . Liter 1.00 5 Ltr.	4.75

Obst

Stachelbeeren 2 Pfund	38 Pf.
Tomaten Pfund	0.38
Kirschen Pfund	0.45
Zitronen 3 Pfund	0.58
Tafeläpfel 3 Pfund	0.98

Fische

Kabeljau gr. Fische, Pfd.	15 Pf.
Seelachs ganze Fische . . . Pfund	0.16
Makrelen u. Schollen Pfund	0.18
Rotbars Pfd. 0.18 Schellfisch	0.20
Kabeljaufilet Pfund	0.24
Zander gefroren 0.28 frisch. Pfd.	0.42
geräucherit:	
Schellfisch Pfund	0.24
Bücklinge Pfund	0.38
Seelachs Pfund	0.38
Flundern Bund	0.15
Maffsheringe 3 Stück	0.22
frische Krabben Pfund	0.35
Aale Pfund 1.60 Bund von an	0.20

Kolonialwaren

Puddingpulver 38 Pf.	
mit Vanille u. Mandel-Geschmack	
Rote Grütze u. Sauc.-Pulver	0.64
Olympia-Mehl 5-Pfd. 1.35 1.45 1.55	
Tafelreis Pfund 0.13 0.21 Dusch	0.12
Haferflocken Pfund	0.24
Harigrieß Pfund	0.25 0.28
Eier-Schnittmudeln Pfd. 0.38 0.56	
Kalif. Pflaumen Pfund	0.25 0.35
Backobst gemischt, Pfund	0.38 0.58
Kaffee frisch gehr., Pfund 2.00 bis	3.20

Wir schützen die Arbeitslosen

Wichtiger sozialdemokratischer Antrag im Stadtparlament — Kommunisten spielen Theater

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hielt gestern nach vierwöchiger Pause, während der der Haushaltsauswurf in fleißiger Arbeit den neuen Etat vorbereitet, wieder eine Sitzung ab. An die Stelle des Stadtverordneten Bogwob (Soz.), der krankheitshalber zurücktrat, ist der Stadtkarj Dr. Korach in die Versammlung eingetreten.

Deutschnationalen gegen Unterstützungsficherung.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte einen Dringlichkeitsantrag folgenden Wortlauts ein:

Der Herr Oberbürgermeister wird ersucht, in geeigneter Weise, auch durch Vorkauf von Stellen, dafür zu sorgen, daß die Mittel für die Unterstühtungsbeträge in der im Haushalt für 1932 vorgesehenen Höhe trotz der angekündigten Kürzungsmahnahmen der jetzigen Reichsregierung bereitgestellt und ausgezahlt werden.

Gegen diesen Antrag, dem angesichts der angekündigten Herabsetzung aller Unterstützungsfür Erwerbslose und sonstige Notleidende durch die neue Baronsregierung erhöhte Bedeutung zukommt,

erhoben die Deutschnationalen Einspruch,

so daß er nicht sofort zur Verabschiedung kommen konnte. Bei der Beratung eines Antrages, der die Zahlung von 14 000 Mark an die Kirchengemeinde in Gladow anlässlich einer seit Jahren schwebenden Auseinandersetzung wegen der Trennung des Schulamtes vom Küsteramt vorsah, kam es zu einem

Krach kommunistischer Tribünenbesucher.

Die kommunistische Fraktion hatte Herrn Koenen, der sich sonst sehr selten in der Stadtverordnetenversammlung sehen läßt, als Redner vorgeschickt. Schon während seiner Ausführungen machten sich gewisse Tribünenbesucher durch laute Zurufe bemerkbar; Herr Koenen verstand es denn auch, die Erregung künstlich zu steigern; er kümmerte sich absolut nicht um die Anordnungen des Vorlesers Haß (Soz.) und sprach selbst beim Glockenzeichen des Vorlesers ruhig weiter. Die Tribüne lärmte weiter, sie fand Unterstützung bei den kommunistischen Stadtverordneten, so daß dem Vorsteher schließ-

lich nichts weiter übrig blieb, als die Tribünen räumen zu lassen. Man ließ die „Einheitsfront“ hochleben, rief „Nieder Papen“, sang die Internationale und wick erst der Polizeigewalt. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung wurden Anträge der Kommunisten auf Wiederherstellung der Öffentlichkeit abgelehnt. Die ursprünglich behandelte Vorlage wurde dann angenommen.

Etwas sehr verspätet wurde dann ein Antrag der Wirtschaftsparteiler, die städtische Biersteuer um 50 Prozent und die Schankverzehrfsteuer ganz aufzuheben, angenommen. Der Antrag stammt noch aus der Zeit des Gastwirkestreiks im Februar dieses Jahres; für den Antrag stimmten die Wirtschaftsparteiler, die Kommunisten, die Nazis und — nach einigem Zögern — auch die Deutschnationalen. Bei der angespannten Finanzlage der Stadt wird der Magistrat allerdings dem Antrag nicht beitreten.

Die dann vorgenommene Wahl von zwei Beisitzern zum Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts Brandenburg ergab die Wahl von Stadtrat Fabiunke (Soz.) und der Stadtverordneten Frau Wunderlich (Staatsp.)

Wozu Unvernunft im Parlament führen kann, zeigten dann wieder die Kommunisten in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen und den Nazis. Der Sachverhalt ist dieser: Der Magistrat hat vor einiger Zeit das Friedrich-Wilhelms-Hospital aus dem sehr alt gewordenen Gebäude in der Palisadenstraße im Osten Berlins nach dem schönen Buch verlegt. Die Räume bekommt das Bezirksamt Friedrichshain zur Verwendung für Verwaltungszwecke. In einer „Vorlage zur Kenntnisnahme“ teilte der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung die Tatsachen mit. Der Kommunist Salzfieder machte einen schrecklichen Lärm um die Angelegenheit. Er sprach fortgesetzt von einer Schließung des Hospitals und ließ auch die Feststellung des Stadtmedizinalrats Prof. v. Drigalski unbeachtet, daß es sich nur um eine Verlegung handelt. Getreu dem Grundsatz: Die sind immer dagegen! stellten die Kommunisten sogar den Antrag, die Stadtverordnetenversammlung ist gegen die Schließung des Hospitals“. Die Abstimmung ergab die Annahme dieses unsinnigen Antrags, weil selbst eine größere Fraktion der Versammlung nicht zu erkennen vermochte, daß der Antrag offene Türen einrennt. Die in die schöne Gegend von Buch übersiedelten alten Leute fühlen sich dort aber sehr wohl!

man, Caros Korrespondenz zu erlangen. Man bemühte sich um seine Geheimnummer. Besonders rätselhaft war das ständige Verschwinden von Briefen, das übrigens bis heute fort-dauern soll. Man hintertrieb feindliche Veranstaltungen, indem man das Gerücht verbreitete, seine Frau habe einen Schlaganfall bekommen u. a. m. Man schlug öffentlich Plakate an, in denen Caro des Landesverrats bezichtigt wurde. Man kaufte bulgarische Zeitungen und Abgeordnete, um ihn bei der bulgarischen Regierung, deren Generalkonsul er war, unmöglich zu machen. Man erstattete gegen ihn Anzeige wegen eines angeblich von ihm gefälschten Briefes, der in einem Berliner Blatt erschienen war und Ignaz Petschek beschuldigte, Aufsichtsratsmitglied bei der „Ase“ im Auftrage der tschechoslowakischen Regierung geworden zu sein. Man spionierte nicht nur ihn aus, sondern auch die Zeugen, die für ihn auslagen, und selbst einen Landtagsabgeordneten, der gegen den Kohlenmagnaten Petschek im Landtag gesprochen hatte. „Das war die Tätigkeit meiner Gegner“, ruft Professor Caro aus. „Das sind Phantasiegebilde des Angeklagten“, erklärt der Redentläger. „Es ist Wahrheit“, behauptet die Verteidigung.

Man wird vom Zeugen Dr. Ernst Petschek hören, was Wahrheit und was Phantasie ist. Prof. Caro befindet sich aber erst am Anfang seiner Darstellung.

Frau vom Affen angefallen.

Das bössartige Tier erschossen.

Auf dem Gelände der Spandauer Gasanstalt in der Parkstraße 11/13 trug sich am Donnerstagmittag gegen 2 Uhr ein eigenartiger Unfall zu.

In dem der Gasanstalt benachbarten Restaurant „Schühenhäus“ in der Neuendorfer Straße war ein etwa 40 Zentimeter großer Rohren-Rafakt-Affe ausgebrochen, den sich der Besitzer des Etablissements, der Gastwirt Friedrich, schon seit längerer Zeit in einem besonderen Raum in einem Käfig hielt. Das Tier war an und für sich nicht besonders bössartig, aber schon wiederholt aus seinem Käfig ausgebrochen. Aus diesem Grunde wurde auch die Tür des Raumes, in dem der Käfig stand, immer verschlossen gehalten. Am Donnerstagmittag geriet der Affe aus irgendeinem Grunde in Wut, biß das Drahtgitter durch und entkam durch die unglücklichweise gerade offenstehende Zimmertür ins Freie. Im nächsten Augenblick war er über den zwei Meter hohen Zaun der Gasanstalt geklettert und sprang von hier aus der Frau des im Gaswerk wohnenden Schlossers Krüger, die gerade im Hof mit dem Schneiden von Futter für ihre Ziegen beschäftigt war, von hinten auf die Schulter. In ihrem Schreck verlor sie die Frau, das Tier mit den Händen abzuwehren, worauf der Affe sie im selben Moment in beide Hände und Unterarme biß, so daß die Verletzte, die gellende Hilferufe ausstieß, stark blutete. Angestellte des Gaswerks und Polizeibeamte verjagten den Affen, der inzwischen auf dem Hühnerstall herumkletterte, einzufangen. Als dies nicht gelang, wühlte ihn ein Polizist durch mehrere Revolvergeschüsse. Frau Krüger konnte nach ärztlicher Behandlung in ihre Wohnung entlassen werden.

Das Spionagesystem eines Millionärs

Der Kampf zwischen Petschek und Caro

Der Familien- und Mitgiftstreit zwischen Professor Caro und dem Kohlenmagnaten Petschek trat in der gestrigen Verhandlung vollkommen in den Hintergrund. Was man zu hören bekam, war vielleicht mit das Spannendste, was man je in Roobitz erlebt hat. Die phantastischste Kriminalistik wurde hier Ereignis. Professor Caro nannte das alles „Bernichtungskampf der Familie Petschek gegen ihn“.

In der Ehe des Dr. Ernst Petschek mit der Tochter des Prof. Caro bestanden seit langem Unstimmigkeiten. Am 9. Juni 1928 teilte der behandelnde Arzt Prof. Meier dem Prof. Caro mit, daß, wenn die Ehe so fortgeführt würde, das Leben seiner Tochter gefährdet sei. Prof. Caro ließ sich von seiner Tochter die Tragik ihrer Ehe schildern und legte wenige Tage später Dr. Ernst Petschek nahe, sich vorläufig auf drei Monate von seiner Frau zu trennen. Man einigte sich auf diesen dreimonatigen Burgfrieden, die Tochter zog mit ihren beiden Kindern zu ihrem Vater. Hier beginnt der Kampf der Familie Petschek gegen Prof. Caro und zwar — wenn man Caro glauben darf — mit Mitteln, die vielleicht einzig dastehen und deren sich nur ein hundertfacher Millionär bedienen konnte. Dr. Ernst Petschek umgab seinen Schwiegervater mit Spionen, die ihn Tag und Nacht bewachten. Der Burgfrieden wurde nicht eingehalten. Kurze Zeit nach der Trennung erschienen die Brüder Petschek in Begleitung ihres Anwalts Ederin Behrendt und der Spione, mit einer einstufigen Verfügung ausgerüstet, um, wie Professor Caro behauptet, mit Hilfe des gekauften Portiers die Kinder zu entführen. Unmittelbar danach kam ein Vertrag zustande, laut dem Prof. Caro die Mitgift seiner Tochter ausgewertet zurückhalten sollte und das den freien Verkehr der Mutter mit dem Sohn, der dem Vater ausgeliefert werden sollte, vorsah. Im Vertrag steht Caro auch das Eingeständnis, daß er lehnweise tatsächlich die Mitgift gegeben hat. Die letztere Vereinbarung wurde aber nicht eingehalten. Die Mutter durfte ihren Sohn nur in Hotels sehen, der Großvater hat ihn nie wiedergesehen. Die Detektive wurden nicht zurückgezogen sondern vermehrt.

Prof. Caro fuhr nach Partentkirchen, in seinem Hotel wurde ein Detektiv eingemietet, der seine Telefongespräche belauschte und seine Briefe abhing. Er fuhr nach Prag; Detektive Petscheks begleiteten ihn dorthin. Seine Villa wurde derart bewacht, daß Detektive

ständig Tag und Nacht in zwei Lagemeiern auf der Straße waren und Caro überallhin folgten. Sein Portier war bestochen und belauschte mit Hilfe besonderer Telefonleitungen seine Gespräche. Der Detektiv der Deutschen Bank, Fomberg, stand im Dienste von Ernst Petschek; er verfaßte eine Schmähchrift, die Prof. Caros Kredit bei der Bank erschüttern sollte, und spionierte in Warschau Caro und dessen Anwalt Wolfgang Heine aus. In Paris verfaßte

Der Führerappell

im „Clou“ war die Kampfansage der Führer und Funktionäre der Eisernen Front an die Regierung der Barone und ihren Verbündeten Adolf Hitler.

Disziplin, Aktivität, Geschlossenheit

drückten der glänzend verlaufenen Kampfversammlung den Stempel eisernen Willens auf. Der 31. Juli ist Schicksalstag für die Arbeiterklasse!

Wir sind gerüstet!

Schon heute geht jeder Parteigenosse, jeder Reichsbannerkamerad, jeder Gewerkschaftler und jeder Arbeitersportler ans Werk!

Genossen, Kameraden! Verbreitert die Front! Stärkt eure Presse!

Werbt neue Leser dem

„Vorwärts“

Der neue „Vorwärts“-Leser wird bald zum Mitstreiter und treuen Kampfgenossen werden!

Mord an einem Gastwirt.

Geldennütiger Kampf einer Hausangestellten.

In der Nacht zum Donnerstag drang ein noch unbekannter Täter in Schloß Holde bei Bielefeld in das Schlosszimmer des Gastwirts Desselhaus ein, erschlug den Gastwirt mit einem Hammer und verletzte die Frau des Gastwirts, seinen Vater und eine Hausangestellte schwer. Die Hausangestellte warf sich trotz ihrer Verletzungen dem Mörder entgegen und entriß ihm den Hammer, worauf der Täter flüchtete.

Die Schiffskatastrophe im Atlantik.

800 Passagiere schwer gefährdet und schließlich gerettet.

Madrid, 9. Juni.

Der spanische Dampfer „Leida“, der am Mittwoch in der Nähe der Insel Fernando Po auf Reisen aufstieg, ist gesunken. Die 800 Passagiere retteten sich zunächst auf die Felsen und befanden sich in ziemlich gefährlicher Lage. Da das Meer an dieser Stelle ziemlich stürmisch ist, befürchtete man, daß sich die Rettungsarbeiten äußerst schwierig gestalten werden. Sämtliche Passagiere und Mannschaften konnten dann aber von den zur Hilfe herbeigeeilten Schiffen gerettet werden.

Selbstmord einer deutschen Fliegerin.

Paris, 9. Juni.

Große Sensation hat in Pariser Fliegerkreisen eine Nachricht aus Biskra in Algerien hervorgerufen, nach der die Leiche der bekannten Fliegerin Vena Bernstein auf der dortigen Pflanzerbahn aufgefunden worden ist. Man vermutet, daß die Fliegerin, die eine geborene Deutsche ist und sich naturalisieren ließ, Selbstmord begangen hat. Sie war vor einiger Zeit nach Algerien geflogen, um sich für einen neuen Rekordflug vorzubereiten. Es scheint, daß Beweggründe für die Tat finanzielle Schwierigkeiten waren.



Anspruchsvoll sein!

Sie brauchen mit Ihren Ansprüchen an eine 3 1/2-Pfg.-Cigarette nicht mehr bescheiden zu sein.

Die neue „Gold Saba“ nach dem alten Original-Rezept bietet mehr, als Sie erwarten!



Die Sklarek-Tafelrunde.

„Alle Parteigegegnisse wurden überbrückt!“

Im Sklarek-Prozess sprach gestern im weiteren Verlauf der Verhandlung der Verteidiger des angeklagten Stadtrats Degner, Rechtsanwalt Dr. Landsberg.

Der Verteidiger wandte sich zunächst gegen die Ausführungen des Oberstaatsanwalts Freiherrn von Steinäcker in seinem Schlussplädoyer gegen die politischen Beamten und betonte, daß sein Mandant Widerstandsgründe ablehne, die aus der Tatsache hergeleitet würden, daß er kein Berufsbeamter sei.

Oberstaatsanwalt von Steinäcker werde nicht beweisen können, daß diejenigen Beamten, die durch das Vertrauen ihrer Fraktion und ihrer Wähler in ihr Amt gekommen seien, minderwertiger wären als die Berufsbeamten.

Im übrigen habe es Standfälle zu allen Zeiten gegeben, nur mit dem Unterschied, daß sie früher nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommen seien. Doch heute derartige Standfälle bekannt würden, sei durch die von den Parteien ausgeübte Kontrolle des öffentlichen Lebens bedingt. Wenn der Oberstaatsanwalt den politischen Beamten zum Teil den Charakter abgesprochen habe, so müsse demgegenüber an das Goethemotiv erinnert werden: „Ein Charakter bildet sich im Strom der Zeit.“ — „Ich halte es, so erklärte Dr. Landsberg, in diesem Falle mit Goethe und nicht mit dem Oberstaatsanwalt.“ (Heiterkeit.)

Der Oberstaatsanwalt habe ferner harte Worte gegen Oberbürgermeister Böß gebraucht und dabei ankündeln vergessen, daß er Berufsbeamter war, ebenso wie die Stadtdirektoren Hoffmann und Schmitt.

Der Verteidiger vertrat weiter den Standpunkt, daß man für derartige Standfälle, wie den Sklarek-Standal, nicht ein Spitzem oder eine Staatsverfälschung verantwortlich machen dürfe, denn einzelne korrupte Beamte hätte es zu jeder Zeit gegeben. Da bleibe nichts anders übrig, als zu sagen: „Rann über Bord.“ Die Sklarek-Tafelrunde, über die man sich so sehr empört habe, habe allerdings das eine Gute gehabt, daß dort förmliche Parteigegegnisse überbrückt wurden. Allerdings sei dieser seltene Genuss durch die Tatsache etwas getrübt worden, daß ein Geistlicher einen zu profanen Zwecken dienenden Vokal nach religiösem Ritus gesungen habe und daß ein Mitglied einer Partei, die sonst in derartigen Dingen einen anderen Standpunkt vertritt, von den Juden Sklareks Geld genommen habe.

Die Verhandlung wurde auf Freitag früh vertagt.

Meineidsanzeige gegen Odenstädt.

Im Helsenack-Prozess hat jetzt der Verteidiger Rechtsanwalt Vitten gegen den Polizeiwachmeister Odenstädt Meineidsanzeige beim Schwurgericht erstattet, das die Anzeige an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet hat, die nun die notwendigen Ermittlungen durchzuführen wird. Odenstädt ist im übrigen bei seiner gestrigen erneuten Untersuchung im Staatskrankenhaus gesund geschrieben worden und soll heute wieder an Gerichtsstelle erscheinen.

Warnung vor Schwindlern.

Es ist bekanntgeworden, daß in Orten in der Nähe Berlins, aber außerhalb des Berliner Reichsbildes (z. B. in Werneitz, Groß-Ziethen u. a.) angebliche Beauftragte der Stadt Berlin an erwerbslose Arbeiter herangetreten sind und ihnen die Möglichkeit der Beteiligung an den Berliner Stadtrandsiedlungen in Aussicht gestellt haben. Den Bewerbern wurde eine „Einschreibgebühr“ von 2 Mark abgenommen. Für die von der Stadt Berlin zu errichtenden Kleinrandnsiedlungen kommen als Bewerber lediglich Berliner Erwerbslose in Frage; zur Zeit sind im übrigen die Bewerberlisten geschlossen. Es wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Stadt Berlin sich keiner Agenten für die Sammlung von Bewerbern um die Stadtrandsiedlung bedient und daß selbstverständlich keine Gebühren für die Vorbereitung erhoben werden.

Explosion in Dynamitfabrik. In der Zündhütchenfabrik des Troisdorfer Werkes der Dynamit AG. bei Köln explodierte am Donnerstagmorgen Knallquellüber. Das Fabrikgebäude wurde durch die Wucht der Explosion vollständig zerstört. Da zur Zeit der Explosion niemand im Betrieb war, sind Menschenleben glücklicherweise nicht zu beklagen.



Fan Hus. Der letzte Tag

„Rein, das meine ich nicht. Seine Richter sind Männer, an die kein Mafel herankann. Aber ich meine, selbst wenn an Hus ein Verbrechen geschähe, ich fühlte mich befugt, es zu decken!“

„Im Ernst?“

„Ja.“

„Dann ist dein Gewissen für den Augenblick ziemlich robust!“

„Gewissen?! Wie könnte ich, als Inhaber der Macht, mir ein Gewissen leisten? Das wäre in meiner Lage so unnütz wie eine Nasendarmstistel.“

„Lieber Neffe, tu nicht gehenkter, als du bist! Etwas, was einem Gewissen ähnelt, wirst du aus jungen Tagen her doch wohl haben, und sei's noch so winzig!“

„Gottlob nicht! Hätte ich's, wie käme ich zum Handeln? Ich würde von Bedenlichkeiten gefressen, wie die Distel von Linsen. Rein, an Stelle des Gewissens schaukelst sich bei mir ein Sack voller Zweckmäßigkeiten.“

„Rüttle sie gut, diese Zweckmäßigkeiten!“

„Warum?“

„Damit sie nicht ranzig und anrüchig werden, wie Lazarus am dritten Tag.“

„Ich verstehe dich nicht.“

„Erstirte in diesem Beutel der Zweckmäßigkeiten nicht einst auch ein gewisser Geleitsbrief?“

„Ich habe ihn abgeschworen und für ungültig erklärt.“

„Das ist ja gerade der Mumpsi! Kannst du deinen Schatten abschwören und für ungültig erklären?! Genau so gut könntest du ihn mit der Schere abschneiden und auf ein Tuchbrett wickeln!“

„Ah pah!“

„Nichts Ah pah!, Sigmund. Dies Ah pah! ist keine Antwort! Du mußt auf eine bessere finnen. Auf eine, die nicht

Die Steuerlast des Berliners

Abrutschende Steuern — Etat ohne feste Grundlage — Ausgaben steigen, Einnahmen sinken

Im Rathaus haben die Stadtvocoducten schneller als in früheren Jahren die erste Lesung des neuen Etats im Ausschuß beendet. Der nachstehende Artikel weist nach, daß heute bei dem dauernden Rückgang der Steuern und dem katastrophalen Steigen der Wohlfahrtslasten jeder Etatplan auf unsicherer Basis stehen muß. Berlin steht vor der Finanzkatastrophe! Es sieht nicht so aus, als ob die neue Weisregierung der Barone gewillt ist, das Verhängnis aufzuhalten.

Von dem gesamten Zuschußbedarf des Berliner Etats (563 Millionen Mark) können in diesem Jahre nur 388 Millionen durch Steuern gedeckt werden. Der Nettoertrag der Steuern beträgt also noch nicht einmal 70 Proz. des Gesamtbedarfs im Haushalt — und das trotz all der bekanteten rigorosen Einschränkungen und Sparsmaßnahmen. Wenn man diese Prozentzahl mit der früheren Jahre vergleicht, erkennt man am besten die katastrophale Einwirkung der Wirtschaftsdpression auf die Balancierungsmöglichkeit eines städtischen Etats. Der Voranschlag des Etats sah vor zwei Jahren noch bei einem Bedarf von 568 Millionen nicht weniger als 495 Millionen Nettoertrag an Steuern vor, das sind 87 Proz. Bei einem solchen Verhältnis war eine Balancierung des Haushalts noch zu erreichen, um so mehr, als man damals auch aus den werdenden Betrieben noch die Restsumme von 73 Millionen Nettoertrag erwarten durfte. Heute ist diese Summe auf 54 Millionen gesunken, und die BVB. ist überdies aus einem werdenden Betrieb ein zehrender geworden mit einem Zuschußbedarf von 32 Millionen Mark.

Aber schon vor zwei Jahren wurden die Erwartungen des Voranschlags nicht erfüllt. Die tatsächlichen Steuereingänge waren um 47 Millionen geringer, als man vorausgesetzt hatte. Im Vorjahre wiederholte sich diese Tragödie. Bei einem gesteigerten Gesamtbedarf von 608 Millionen waren im Voranschlag 498 Millionen Steuerertrag vorgeesehen, also nur noch 82 Proz. Aber auch diese Summe wurde nicht erreicht, die Steuereingänge blieben wieder um fast denselben Betrag wie im Vorjahre, um 46 Millionen, zurück. Und im laufenden Jahre decken nun die Steuern den um 7 1/2 Proz. gesunkenen Bedarf nur noch zu 69 Proz.

Alle Berechnungen stürzen zusammen.

An Steuereinnahmen werden in diesem Jahre rund 408 Millionen erwartet, denen etwa 20 Millionen Ausgaben der Steuerverwaltung gegenüberstehen. Das sind 13 Proz. weniger Steuern, als vor zwei Jahren eingingen sind. Es ist verständlich, daß keine Ausgabenverringerung mit einem derartigen Abfallen des steuerlichen Aufkommens Schritt halten kann, zumal wenn der Wohlfahrtsetat in derselben Zeit um fast 30 Proz. (Ausgaben 1930: 314 Millionen, 1932: 404 Millionen) zwangsläufig gestiegen ist.

Die einzelnen Steuerarten sind an dem Rückgang sehr ungleichmäßig beteiligt. Am schlimmsten steht es mit den beiden Steuern, die am unmittelbarsten mit der Wirtschaftsjunktur zusammenhängen: der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer. Der Berliner Anteil an der Reichseinkommensteuer (einschließlich der Körperschaftsteuer) wird in diesem Jahre nicht einmal mehr die Hälfte der Summe erreichen, die die Stadt im Jahre 1930 erhalten hat; die Steuer ist abgeklaut von 93 Millionen (1930) über 43 Millionen (1931, veranschlagt) waren noch 61 Millionen) bis auf 41 Millionen in diesem Jahre. Nicht ganz so hart, aber doch immer hart genug, ist der Rückgang bei der Gewerbesteuer. Während sich der Ertrag an Lohnsummensteuer infolge der Erhöhung des Steuerfußes von 1,25 auf 1,56 Proz. der gezahlten Lohnsumme in den letzten Jahren ungefähr auf gleicher Höhe hält, sinkt die Gewerbesteuertragsteuer von rund 100 Millionen auf 56 Millionen innerhalb von zwei Jahren. Einkommen- und Gewerbesteuer haben also zusammen in dieser Zeit allein beinahe 100 Millionen verloren, das ist mehr als der fünfte Teil des gesamten steuerlichen Aufkommens der Stadt überhaupt.

Berlin zahlt für die Provinz.

Die Senkung des Steuerfußes bei der Hauszinssteuer kostet die Stadt Berlin fast 10 Millionen, ein Drittel der gesamten Steuer. Von konjunkturrempfindlichen Steuern sinken

in den letzten Jahren weiterhin stetig die Grunderwerbsteuer, die Wertzuwachssteuer, die Vermögenssteuer (3 Millionen weniger als 1930), die Hundesteuer, die Getränkesteuer und der Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer, von der jetzt bei der ungerochten Verteilung und nach der Senkung des Zuschlags von 10 auf 5 Proz. für Berlin nicht einmal mehr 3 Millionen übrigbleiben, während die Stadt siebenmal so viel aufbringt. Der Anteil an der Reichsumsatzsteuer bleibt in den letzten Jahren annähernd auf gleicher Höhe, die sinkenden Ziffern des Warenumsatzes werden durch die Erhöhung des Steuerfußes nahezu aufgewogen.

Diesen mannigfachen Steuern mit vermindertem Aufkommen stehen nur drei Steuerarten gegenüber, die im Vergleich mit 1930 erhöhte Beträge einbringen: die Bürgersteuer infolge der Verdreifachung des Satzes, die Grundsteuer infolge der Erhöhung des Zuschlags von 275 auf 312,5 Proz. und die Biersteuer, gleichfalls infolge der Erhöhung des Steuerfußes. Gegenüber dem Vorjahre werden diese Steuern freilich gleichfalls im Ertrage zurückgehen, so daß die abtinkende Tendenz im gesamten Steuerhaushalt der Stadt einheitlich in die Erscheinung tritt.

Aber auch trotz dieser Senkung ist die steuerliche Leistung Berlins immer noch ganz außerordentlich. Man muß dabei bedenken, daß die städtischen Steuern nur etwa ein Viertel der gesamten von der Berliner Bürgerschaft aufzubringenden Steuermenge darstellen. Die Steuern für Reich und Land betragen auch nach Abzug der an die Stadt zurückfließenden Anteile mehr als das Dreifache der kommunalen Steuern. Und diese insgesamt mehr als 1,5 Milliarden werden aufgebracht von etwa 1,5 Millionen Erwerbstätiger — ganz gewiß eine Leistung, deren Druck nur gemildert wird durch den Gedanken, daß die Stadt von ihrem gesamten Steuerertrag in Höhe von 388 Millionen allein 323 Millionen, also fünf Sechstel, für die Wohlfahrtspflege, in erster Linie für die 600 000 Erwerbslosen verwendet.

Immer mehr Wohlfahrtsverwerbslose.

Die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen in Berlin, d. h. der langfristigen Erwerbslosen, die weder auf Arbeitslosenversicherung noch auf Arbeitsfürsorge Anspruch haben und ausschließlich von den Gemeinden erhalten werden, ist im Mai 1932 wiederum gestiegen. Sie betrug Ende Mai 1932 281 698 gegenüber 271 260 am Ende des Vormonats. Unter den am 31. Mai 1932 gezählten Wohlfahrtsverwerbslosen befanden sich 9499 Fürsorgearbeiter, am Ende des Vormonats waren es 8885 Fürsorgearbeiter.

Zweite Sommerausgabe 1932 des Reichskursbuchs (Große Ausgabe). Einige Tage vor dem 1. Juli erscheint die 2. Sommerausgabe des Reichskursbuchs (Große Ausgabe) mit den Fahrplänen nach dem neuesten Stande für die Eisenbahn, Luftverkehr und Dampfschiffverbindungen Deutschlands und der fremden Länder. Der Verkaufspreis beträgt wie bisher 6 M. Daneben ist auch weiterhin die billigere Kleine Ausgabe des Reichskursbuchs ohne den Auslandsteil zum Verkaufspreis von 4 M. erhältlich.

„Kunst nach Gewicht“ nannte sich eine Betrachtung über das Auftreten einer Riesendame in Berliner Gastwirtschaften, die wir vor einigen Tagen veröffentlichten. Der Manager der 450-Pfündigen teilt uns in einem Briefe mit, daß „die Kolossalidame noch kein Engagement unter 6 M. absolviert hat“. Leider verschweigt der Briefschreiber, wie hoch sein Anteil an dieser Gage ist.

Der Pianofortefabrikant Georg Hoffmann, Chef der Firma Hoffmann-Pianos, Pianofortefabrik Georg Hoffmann G. m. b. H., Berlin SW 19, Leipziger Str. 57, vollendete am 12. Juni 1932 in voller geistiger und körperlicher Kraft sein 75. Lebensjahr.

Wer Kaffee trinkt, kann sich heute Kaffee Hag leisten. Seit 1930 ist er 31 % billiger.

biß wegschiebt, sondern die widerlegt. Bergisch nicht, brennt der Böhme morgen tatsächlich, so wird man dir diesen Geleitsbrief in die Ohren zernern, solange du lebst!“

„Bleib mir mit Moral vom Leibe! Politische Handlungen wollen mit politischer Elle gemessen werden.“

„Reiß sie, womit du willst! Du hast dafür gerade zu stehen, nicht ich! Ich wollte dir nur geraten haben. Aber mir scheint, du nimmst heute nur Brautrat an.“

„Brautrat?“

„Ratet mir gut, sagte die Braut, nur ratet mir nicht ab!“

Sigmund lacht.

Wieder ist es das gleiche, beinahe unhörbare Lachen, das ihn kennzeichnet, wenn er mit sich zufrieden ist. Der Kobold, der feiert, wenn einer seiner Anschläge sich ründet. Nicht nur ein Lachen des Mundes, nein, ein Lachen, das den Menschen mit einbezieht, bis in die Gelenke der Wirbel hinein; dennoch ein summes Lachen, gleichsam ein innerliches Händereiben. „Reinst du“, sagt er nach einer Weile mit künstlich gedrückter Stimme, „es hätte mich keinen Kampf gekostet, bis ich mich in Sachen Hus zu dieser Stellungnahme durchrang? Ich weiß nicht, ob der Mann morgen auf seinem Scherterhaufen einen größeren ausstehen wird. Aber es gab für mich in der Tat keine andere Möglichkeit, als ihn fallen zu lassen. Ich kann mir nicht mein Werk, in mühseliger Arbeit aufgebaut, durch einen unbedenkbaren Fanatiker zertrümmern lassen!“

„Dein Werk?“

„Ja, mein Werk! Hier das Konzilium, meine ich. Die Ausrottung des Schismas, die Erneuerung der Christenheit. Welche Mühe hat es gekostet, all die Widerstrebenden Gruppen hierher an einen Tisch zu bringen! Welche Mühe hat es gekostet und kostet es noch, die auseinanderstrebenden Gruppen zusammenzuhalten! Welche Mühe wird es noch fernerhin kosten, die Beendigung der Krise zu erzwingen und der Kirche ein einziges rechtmäßiges Oberhaupt zu geben! Die Einheit muß her! Bestimmt diesem Konzilium die Reformation der Kirche nicht, so fällt alles auseinander, alles! Und jetzt, wo durch mich der Grund gelegt ist zu einem neuen Bau und einer neuen Stadt, jetzt soll ich sentimental werden und mir den Plan verwirren lassen von einem Magister, der größtenteils geworden ist, weil er meiner Schwägerin Beichte hören durfte. Nein, wer mir jetzt noch entgegentritt und mein Werk behindern will, den zertrete ich!“

Sigmund schweigt.

Der Pfalzgraf zögert mit einer Antwort. Er kann zwar Sigmunds Gesicht im Dunkel nicht erkennen, aber etwas in der Stimme des Königs hat ihn stutzig gemacht. Weiß Gott, er, Ludwig, des Reiches Ertruchsch, ist doch auch kein Heirger Hale, er hat mancherlei Wind der Welt sich um die Ohren wehen lassen, er versteht es, auch in verschlossenen Gesichtern zu lesen, aber wenn der eben gehörte Ton echt ist, so hat er sich bisher von Sigmund schwer täuschen lassen. Steht hinter dieser Gestalt, die in allen Farben schillert, die alles aus dem Handgelenk zu lösen scheint, die leichtfertig tut, listig, verschlagen, die oft dreist und unverschämmt ist, die alles auf den eigenen Vorteil hinzutreiben versteht, steckt da wirklich mehr dahinter, als nur der Drang zu glänzen, zu genießen, mitzunehmen? Steht da wirklich ein Wille dahinter, der weiter zielt als immer nur die zehn Ellen des nächsten Tags? Dann eine Kniee voll Hochachtung! Dann hat er, der Pfalzgraf, noch allerlei zuzulernen, schon um diese Täuschung weitzumachen.

„Was schwebt dir letzten Ends vor, wenn ich fragen darf?“ Wertwürdig heiser klingt des Pfalzgrafen Stimme durch das Dunkel.

„Eine geeinte Christenheit und ich, der römische König, Kaiser und Schutzherr der Kirche!“

„Ein großer Plan, Neffe, ein guter Plan! Ich wünsche dir, daß er gelinge. Doch ein Rat sei dir bei dieser Arbeit in den Helm gelegt!“

Sigmund nähert begierig den Kopf.

„Wer sich an die Kirche lehnt, dem fällt allzuleicht ein Böße auf den Kopf!“

„Wie meinst du das?“

„Nichts anders, als ich's gesagt habe!“

Mit viel Geschnauf steht der Pfalzgraf auf, wie ein Mann, den die Hitze des Leibs drückt. Posternnd schiebt er den schweren Sessel zurück:

„Es wäre Zeit, daß hier hell wird!“

Sigmund rührt die Klingel.

Schritte. Mit häßlichem Quietschlaut geht die Türe auf. Ein überner Leuchter redt sich herein, seine drei Flammen bespielen einen sich neigenden Grottopf.

Einzelnd sagt Sigmund:

„Schaffner, hierher mit dem Licht!“

(Fortsetzung folgt.)

Auf einer Bank im Park

Betrachtungen über die Nächstenliebe / Von Inge Stramm

Eine Bank im Tiergarten am späten Nachmittag. Ich bin froh, sie hier abseits vom großen Promenadenweg ganz leer zu finden. Ich habe Verlangen nach Ruhe, Sammlung. Ich will lesen, eine illustrierte Zeitung nur, aber der Anfang eines neuen Romans ist darin. Das ist jedesmal eine große Erwartung für mich, ein erregender, glücklicher Augenblick. Denn vielleicht wird die letzte Hoffnung erfüllt. Durch die Sprache eines Dichters werden eigene Leidenschaften aufbrechen, erträumte Landschaften greifbar nahe kommen und vielleicht wird ein Mensch darin wandern, der mein Freund wird, den ich unverlierbar lieben kann.

Wahrscheinlich aber werde ich, wie so oft, enttäuscht werden, weil nichts in den gedruckten Blättern stehen wird, als die Beschreibung von Handlungen, die Menschen begehen, die mich nichts angehen.

Und darum zögere ich den Augenblick des Beginnens hinaus. Ich sehe in das bewegte Geäst der Bäume, durch das Sonnenlicht und Schatten wie schillernde Vögel hüpfen, höre hinter der grünen Dämmerung meines einsamen Weges Menschen lachen, die in Gruppen in hellen, bunten Kleidern gehen, als würden dort, wo ich nicht bin, immer Feste gefeiert. Auch ferne Musik ist da, als wiegen sich dazu schöne Menschen in seliger Umarmung, da wo ich nicht bin. . . . Aber läme ich hin, so wäre es doch nur ein zerlumpter Leierkastenmann, der spielte, oder ein paar blaße Musiker zwischen leeren Kaffeetischstühlen. Wir wissen alle, daß es immer so ist, aber die törichte Sehnsucht stirbt nicht, die große Hoffnung auf eine Erfüllung, auf das Zeichen einer Liebe.

Die selbst gesuchte Einsamkeit drückt mich plötzlich und setzt ich den Augenblick gekommen, mit Lesen zu beginnen, jetzt will ich zu dem fremden Dichter stehen wie zu dem Vertrauten meiner Träume. Ich blättere in der Zeitung. Die Bilder darin interessieren mich heute nicht, die sorgsam zusammengetragenen Bilder, ohne die wir ja nicht wüßten, wie exotische Prinzen aussehen, wie die Innenräume großer Villen sind, wie eine Segelacht über das Meer fährt. Wir kommen ja doch alle da nicht hin.

Während dieses hastigen Ueberfliegens der Bilder aber hat sich eine alte Frau neben mich auf die Bank gesetzt. Sie ist so still gekommen, daß ich sie gar nicht gehört habe, und nun sitzt sie da und braucht sehr wenig Raum für sich, aber sie stört mich doch. Nicht direkt durch ihre Gegenwart. Alte Frauen auf Bänken im Park im Abendsonnenschein sind wie ein Nichts, gehören zur Landschaft, sind nur ein Schatten unter den spielenden Schatten der alten Bäume.

Diese Frau aber sieht schüchtern auf die Bilder in meiner Zeitung, holt den Blick häufig wieder zurück und schickt ihn doch bei jedem Umblättern wieder von neuem vor. Ich beginne langsamer zu blättern, denn ich spüre, wie sehnsüchtig der Blick der Frau an den Bildern hängt. Und ich wollte doch den Roman lesen! Und dann entschleße ich mich kurz, schlage den Anfang des Romans auf, nicht ohne die Enttäuschung der alten Frau dabei zu bemerken, löse die Seiten mit dem Roman aus den übrigen Blättern und reiche leihweise mit ein paar Worten der alten Frau. Mit welcher freudig erschrockenen Ueberraschung mich die alte Frau ansieht, wie ihre faltigen Hände zittern, die in einer schwarzen Tasche nach der Brille suchen! Es rührt mich eigentümlich. Und bei jeder Bewegung, die ich mache, sieht die alte Frau ängstlich hoch. Einmal reicht sie mir dabei hastig die Zeitung zurück: „Sie wollen sicher gehen.“ Diese Freude, wie ich vernehme!

Es packt mich sehr, die Erkenntnis, mit wie wenig Mitteln man anderen eine Freude machen kann! Ich kann mich nicht zum Lesen sammeln. Ich muß über vieles nachdenken. Es schien mir einen Augenblick so selbstverständlich, der alten Frau die von mir nicht benutzte Zeitung zu geben. Aber dann wachen Erinnerungen in mir auf an Reisen, an endlos lange Bahnfahrten. Mein Gegenüber las ein buntes Magazin, das er dann nachlässig neben sich legte, um eine Tageszeitung zu entfalten oder Schokolade zu essen. Selten habe ich es erlebt, daß jemandem der Gedanke gekommen wäre, anderen, die mit ihm ohne diese Unnehmlichkeiten auf derselben Bank saßen, den unbenutzten Lesestoff oder gar etwas von der Schokolade anzubieten.

Vielleicht ist darum die Welt heute so freudlos, weil wir mit den kleinsten Freuden geizen. Erschütternd aber ist es, wie dankbar gerade die Menschen für diese sind. Einmal habe ich eine alte,

kurzsichtige Dame, ohne daß sie mich darum gebeten hatte, über den belebten Straßendammbereich gebracht und auch noch bis zur nächsten Straßenbahnhaltestelle. Sie konnte nicht aufhören, sich zu bedanken. Einmal fuhr ich mit einem ganzen Arm voller Blumen in der dunklen, staubigen Stadtbahn und meine Blumen sammelten so viel bewundernde Blicke auf sich, daß ich einige Stiele davon an jene, die sie am sehnsüchtigsten angeschaut hatten, verschenkte. Diese Menschen hielten staunend die Blüten in der Hand wie ein heiligtm und alle müden Gesichter wurden plötzlich hell. Einmal trug ich einen Korb voller Früchte und verschenkte einige davon an Kinder, die lange darauf gestarrt hatten. Sie waren so erschrocken, daß sie erst gar nichts nehmen wollten.

Ach und dabei fallen mir auch viele veräumte Seligkeiten ein und ein Gefühl von Schuld sammelt sich in meinem Herzen. Ich sehe die alte Frau neben mir an. Ihr verlegener Blick be-

Tessiner Frühling

Reisebrief / Von Felix Stöbinger

Es fällt nicht leicht, den Tessiner Frühling zu schildern, während der berühmte Tessiner Tropenregen mit einer Kraft auf diese gelegene Erde fällt, als ob die Wasserreservoirs des Himmels ihren Boden verloren hätten. Ebenso gewaltig wie der Regen waren die Gewitter dieses Frühjahrs, und als kürzlich das Echo der Schweizer Berge von 8 Uhr abends bis morgens 3 Uhr eine wahre Geschüßschlacht von Donnerhymnen durch die langen schmalen Bergtäler rollend abspielte, stellte sich der nächste Morgen noch immer ungesättigt von Donnerlärm ein und setzte das Blitzen und Rollen bis gegen Mittag fort. Ebenso verschwenderisch wie das Wasser hier vom Himmel fällt, presste die Sonne einige Wochen ohne Uebergang zwischen den Regengüssen eine Hochsonnenergie in die Luft, die sofort brennend heiß wurde, so daß man einen warmen Gebirgsanzug ohne Uebergang mit einem Schwimmanzug vertauschen mußte, der auch nur im Wadtschatten erträglich war. Es ist also ein echt tropisches Gebiet, dieses Stück Südschweiz um den Lago Maggiore, und nirgends ist dieser tropische Charakter der Natur zwischen Schneegleisern und tausendmetrigen Bergen üppiger und mannigfaltiger als in dem kleinen Ascona, das 15 Minuten Postauto von dem weltgeschichtlich gewordenen (oder gewesen?) Socarno liegt.

Es ist merkwürdig, wie gewisse Orte ohne jede gebundene Tradition, ganz aus sich selbst heraus geistige Anziehungskräfte besonderer Art entfalten. Ein solcher Fall liegt auch bei Ascona vor. Es gibt gebildete Schweizer, die noch nie etwas von diesem Ort gehört haben, kaum genau wissen, wo er liegt, und dabei spielt Ascona doch seit einem Jahrhundert eine freilich lang anonyme Rolle in der europäischen Geistesgeschichte. Es muß eine ganz besondere Anziehung von naturmagischen Kräften sein, die wohl immer bestanden hat, aber erst von unserer bewußt und analytisch gewordenen Zeit anerkannt wird.

Wie vor mehr als 100 Jahren hier Goethe, Walter Scott, Shelley weilten, so fallen nun fast mehr als 30 Jahren immer neue Gruppen Geistiger aller Art. Nicht aber aller Länder. Das kleine Ascona übte besonders auf Deutsche und Russen eine besondere Anziehungskraft aus, und wie gewöhnlich spielen Selten, Künstler, Apostel jeder Art eine besondere Rolle. Schon Riegl'sche nannte Ascona das Paradies der Halbverrückten, zu dem ja freilich eine Zeit lang — eine mißverständliche Zeit lang — seine Jünger selbst gehörten. Daß vor der jetzigen Asconaperiode Naturmenschen, Rohstücker und Wagnernaturen hier siedelten, erscheint heute, wo Rohstoff zum Mittagstisch des kleinen Bürgers gehört, nicht mehr als Zeichen von Verrücktheit. Und dann folgte die Periode der Sozialisten, der Apoptisten, Bedel, Trojts, Kautskis, die hier länger oder kürzer waren, der Maler, unter denen sich mancher heute berühmte Name befindet. Die Periode der Dichter, unter ihnen auch Rilke, die Periode der Laotisten, Zionisten, Mikologen, der Politiker, der Berliner Bohème, zwischen denen Wägen, Kapitalistlinge, neugierige Sommerreisende ein Prickeln geistiger Sen-

gegnert mir, eine große Bitte sammelt sich in den Augen, ein paar Worte auf den schmalen Lippen: Ob . . . Ob ich Kreuzworträtsel rate. . . Ich verneine. Ob sie dann die Seite mit den Kreuzworträtseln haben könne. . . Aber gern, bitte!

Sie hält sie schon in den Händen, wie lange wohl schon in heimlicher Sehnsucht! Und sie steht sofort auf, steckt das Blatt sorgsam in die schwarze Tasche und geht erleichtert grüßend, sehr rasch, wie fliehend, als könnte ihr jemand einen kostbaren Schatz wieder rauben. Sie tut mir fast leid, wie sie da geht, aber mein Herz wird ganz hell.

Ich finde mich wieder auf der abseitigen Bank. Was wollte ich hier? Einen Roman lesen? Ach, ich wollte ja nur fliehen aus einer belebteren Welt in Reiche der Phantasie. Wir warten alle immer auf ein Zeichen der Liebe. Da ist die alte Frau gekommen und ihr ist eine große Beglückung geschehen. Ich fühle es.

Was aber habe ich ihr schon gegeben? So beschämend wenig und es schien ihr doch so kostbar viel: Ein wenig Aufmerksamkeit nur. Das, was man Nächstenliebe nennt. Ach . . . ist fern von Liebe und sehr fern von Hingabe und Opfer, von all dem, was wir uns so allgemein unter diesem Begriff vorstellen. Und doch sind gerade alle diese Dinge ein Teil von ihr und Gedankenlosigkeit unsere größte Sünde.

ktionen suchen. Freilich kommen sie wenig auf ihre Kosten, denn die Asconesen sind Demokraten, sie lieben nicht nur die Einsamkeit, sondern auch die Gleichgestelltheit, und die weithin gestreckten Ausläufer Asconas liegen auf so vielen Hügeln, Abhängen, zwischen Tälern, hinter den Bergen, am See und an den großen Autostraßen, daß jeder im Grunde in einem anderen Ascona, in einer anderen Landschaft lebt.

Ja, das ist das eigentliche Wunder dieses verborgenen Paradieses, daß es uns in einem dauernden Wandel von Schönheiten alles vorführt, was die Natur sonst nur zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen, weit auseinander liegenden Gegenden bietet. Wie das Meer dem Ruhenden am Strand ein ununterbrochen wechselndes Schauspiel von Glätte und Zerrissenheit in tausend Formen vorspielt, so hier durch das Ineinandergreifen von alpinen und tropischer Natur, von Schneebergen und Wäldern, von einem Gebirgsee mit einem echten Meeresstrand, alles im Schnittpunkt zweier Wetterfeldern, aus denen dieses Himmelspanorama seine erneuernden und wechselnden Kräfte schöpft. Im Ausgang des Gotthard gelegen, hat der Norden keine Kraft mehr über uns, mag es von Bellinghonsal her noch so dunkel und dräuend gerade vor unserem Fenster aussehen, im Süden ist unser Wetterwinkel, dort drüben an der italienischen Küste entscheidet sich unser Wetterfisch. Die Kläue dieses Himmels ist italienisch, fast schon heiß, die kalte Klarheit der Sterne kommt von einem anderen Himmel als dem mitteleuropäischen, und wenn es in Strömen regnet, ist das noch lange nicht der schweizerische Regen, der uns bis auf die Haut durchschlägt, sondern der des Südens mit seiner Wärme, Schwermüdigkeit, Eindringlichkeit. Oft ist es freilich ein anderes Schauspiel, das an dieser Kreuzungsstelle zweier Wettercheiden vom Himmel selbst gespielt wird. Vom Süden dringt die Kläue und Sonne bis auf die Berge vor meine Fenster, vom Norden aber Wolken, die undurchdringlich sind wie ein englischer Nebel. Und gerade vor meinem Blick treffen sich die Grenzen dieser Wetter, sömmergrün liegen unter blauer Luft die Abhänge des Berges rechts, während nach links hin der gleiche Wald im Grau des Regens verschwindet. Oder ein Gewitter geht über dem See nieder, vor mir sind die Wälder von Wolken wie in Watte verpackt, die man noch im Dunkeln spürt, während rechter Hand eine helle, ausgefahrene blaue Nacht ruhig und ihrer milden Kraft bewußt, dem Uebergreifen der Wolken, dem Andrang ihrer Jüge Halt gebietet.

Ist nun dieser Tessiner Wunderwinkel tags oder nachts schöner? Nachts sorgen alle Dörfer und Häuser der Umgebung, vor allem aber Socarno, für eine Illumination von magischer Schönheit. Wie kleinen Dörfern an beiden Seiten des Sees entzünden ihre Lichter, denn das kleinste Dorf, ja jedes noch so ferne Einzelhaus hat sein elektrisches Licht. So ziehen sich wahre Sternstrahlen durch die Wälder, wenn ein kleiner Ort am Abhang drüben tagsüber unregelmäßig gebaut scheint, dann zieht er im Nachtsicht seiner kleinen Dorfstraßen und Fenster doch wie ein angezündeter Weihnachtsbaum aus. Die Lichter der beiden Ufer verschwimmen und die Straße des weit vorgeschobenen Strandes scheint eine beleuchtete Meerbrücke zu sein, die sich draußen im Unbestimmten verliert.

Tags aber, bei herrlicher Sommerhitze, ist die Landschaft, die bei Ascona beginnt, ein tropischer Garten, in dem Palmen und Kaktien, Feigen und Pfirsiche, Kamellen und Gummibäume und Vorbeere die Abhänge hinaufklettern. Und doch ist es ein durch und durch felsiges Land, aus dem Boden bricht der Granit, nur wenig mit Erde überwachsen, blau und grau hervor; es ist der Stein, aus dem seit Jahrtausenden die Bergbewohner ihre Häuser bauen. Sie schichten Mauern aus unregelmäßig gebrochenen Steinplättchen und Steinplatten auf, füllen alle Lücken mit Zement und Geröllstücken und ziehen das Dach weit über die Mauern als Regenschirm. So sind alle diese Gebirgsdörfer und Häuser gebaut, und doch welche Fülle der Formen, Motive, Durchschnitte. Es wird wohl schon so sein, daß die Schönheit der Natur, in der Menschen leben, ihren Schönheitsform entwickelt, ihre Formenphantasie steigert. In seinem Dorf kann man auch nur zwei Häuser sehen, die sich gleichen, nicht nur, weil die Bodenbeschaffenheit jedes Haus vom Grund aus verändert, sondern auch die verschiedensten Baumotive entwickelt. Balkone, Erker, Säulengänge, Loggien, Höfe — das wächst durcheinander wie ein Steingarten, abgelöst von Strophen, die nur aus den Mauern von Gärten bestehen, perspektivisch abgeschlossen durch einen Kirchturm, mündend auf eine alte Balustrade, deren grüne, geschlossene Fensterläden Geheimnisse verschließen, die es wahrscheinlich nicht einmal gibt.

Mannigfaltig wie die Natur sind diese Dörfer aber auch den Farben und Abtönen nach. Dieses Dörfchen wird durch Rot, jenes durch Grau und Blau beherrscht. Bosone strahlt vom Golde wieder, das seine Kirchtüppeln deckt. Ascona hat mit seinen vielen neuen Bauten das Flachdach eingeführt, das hier freilich völlig verfehlt ist. Brissago hat die hohe Seefront eines Palasthotels, Monte Verità das Schwarzgrau eines großen Neubaus von Bahrentamp, der auch Berlin mit neuen Bauten ein modernes Seilprofil gibt.

Und ebenso vielgestaltig ist die Musik der Kirchenglocken, von denen jede für sich ihre eigene Melodie in alten Kirchtönen anstimmelt. Die Kirche ist im kleinsten Dorf von einem barocken Reichtum, der zeigt, daß hier eine fremde Welt zu armen Bergbauern eingedrungen ist. Die Türme aber singen die Melodie der Landschaft, wie riesige Auhöcker schlägt langsam der Ton nach rechts und links, und wenn sich diese Töne über dem See begehen und langsam vermindern, in den See verfallen, ohne unterzugehen, dann flüßt der Mensch stets wie zum erstenmal, was Friede ist, und magt nicht der Dinge zu denken, die so anders sind als diese Welt, und das große, erschütterte Deutschland mit Untergang in Barbarei bedrohen,

Dr. S. Weinberg:

Der 18. Brumaire und wir

In der Februarrevolution des Jahres 1848 wird in Frankreich das Bürgerkönigtum beseitigt, an seine Stelle tritt die „zweite Republik“, die ihrerseits im Dezember 1851 durch den Staatsstreich Bonapartes ihr Ende findet; ein Jahr später wird Bonaparte „Napoleon III.“ Der Aufstieg Bonapartes wird von vielen bürgerlichen Historikern als Beweis angesehen, daß „starke Männer“ die Geschichte machen. War Bonaparte in Wirklichkeit der „Retter“ des Staates — oder ist er nur der Exponent einer bestimmten sozialen Lage? Diese Frage hat Karl Marx in seiner Schrift „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ beantwortet. Marx deckt die tiefen sozialen Zusammenhänge auf, in die der Staatsstreich Bonapartes hineingestellt werden muß; er zeigt die soziologischen Elemente dieses historischen Prozesses. Die Fruchtbarkeit der marxistischen Methode für die Analyse einer konkreten Situation tritt in den Ausführungen von Marx besonders deutlich hervor. Schon dieser Umfang macht das Studium des kleinen Buches, das noch während der Ereignisse im März 1851 niedergeschrieben ist, besonders wichtig. Darüber hinaus besitzt die Schrift gerade heute erhöhte Aktualität; man sieht, daß der Ruf nach dem „starken Mann“ in Zeiten schwerer gesellschaftlicher Erschütterungen immer schon laut geworden ist, man erfährt, auf welche Weise und mit welchen Mitteln die sogenannten „starken Männer“ sich in Szene zu setzen wissen. Marx spricht von der „Partei der Kraft“, die Napoleon sich zu schaffen wußte und die „ihm ein Publikum improvisierten, den öffentlichen Enthusiasmus anführen, vive l'Empereur heulen, die Republikaner insultieren und durchprügeln“ mußte. Die Schrift gibt also die marxische Stellungnahme zum „Sozialismus“ seiner Zeit.

Leider war der „18. Brumaire“ im sozialdemokratischen Buchhandel seit einigen Jahren vergriffen. Es ist daher sehr erfreulich, daß der Dietz-Verlag (soeben eine Neuauflage herausgebracht hat, die von A. B. Mayer eingeleitet und bearbeitet ist. A. B. Mayer hebt die Aktualität der marxischen Darlegungen hervor, aber er weist mit Recht darauf hin, daß man nicht einfach die damaligen Zustände den heutigen gleichsetzen darf. Es ist in der Tat ein billiges Vergnügen, Bonaparte und seinen Anhang mit den starken Männern von heute zu identifizieren. „Es wäre unmöglich, unsere Zeit mit den Maßstäben jener Epoche zu messen.“ Die aktuelle Bedeutung des Buches besteht nicht in den Anspielungen auf gegenwärtige Vor-

gänge, die man darin finden kann. Das Wesentliche ist, daß man von Marx lernen kann, wie man die gegenwärtige Situation analysieren muß. Mayer betont mit Recht, daß dies eine Aufgabe ist, die uns jeden Tag erneut für unsere eigene Gegenwart gestellt ist. Die kämpfende Arbeiterklasse muß die sozialen Zusammenhänge kennen, damit sie nicht durch die Ereignisse überrollt wird und damit das Ziel ihres Kampfes stets klar erkennbar bleibt.

Mayer weist in sehr instruktiven Ausführungen darauf hin, daß es falsch ist, alle gesellschaftlichen Klassen und Gruppierungen auf einen einfachen letzten Gegensatz (etwa Bürgertum und Proletariat) zurückzuführen. Marx zeigt, daß in jeder geschichtlichen Lage sich Elemente verschiedener Herkunft mischen, daß sehr differenzierte gesellschaftliche Gruppen sich ineinander und übereinander schichten. Will man den gesellschaftlichen Bewegungsprozess verstehen, darf man nicht bei einem einfachen Thema stehen bleiben, man muß in sorgfältiger Analyse die Kuppelung der sozialen „Elemente“ verfolgen. Neben den materiellen Existenzbedingungen sind auch „ideologische“ Faktoren für das Verständnis der Gesellschaftsgruppen wichtig. Es ist bedeutsam, daß Mayer diesen Punkt besonders hervorhebt, da er von gewissen Vulgärmarxisten übersehen wird. Ausgezeichnet ist die Bemerkung von Mayer, daß sich die Bedeutung der ideologischen Faktoren etwa an dem politischen Standort der Angestellten in der gegenwärtigen Situation erkennen läßt. Die abhängige Lage des ausgebeuteten Angestellten macht diesen nicht ohne weiteres zum „Proletarier“, weil die Weltanschauung, die ihm durch Tradition und Erziehung zusteht, „die eigentlichen Gründe und den Ausgangspunkt seines Handelns“ bildet.

In den Veränderungen, die Marx für die zweite Auflage seines Buches am Text der ersten Auflage vorgenommen hat, zeigt Mayer, daß Marx keineswegs ein starrer Dogmatiker war. Marx hat seine Auffassungen geändert, wenn ihn neuere Erfahrungen und tiefere Einsichten eines besseren belehrten. Es gilt, auch den modernen Leser mit diesem bewegten und undogmatischen Geist zu erfüllen. So gibt die ausgezeichnete Einleitung von Mayer mehr als eine Einführung in die Schrift von Marx, sie legt den dankwilligen Leser in den Stand, die Bedeutung der marxischen Methode zu erfassen. Das ist der beste Weg, um zu einer Durchdringung der gegenwärtigen Situation zu gelangen.

Dem Buche ist ein Namensverzeichnis und eine chronologische Uebersicht über die wichtigsten Ereignisse in Frankreich von 1789 bis 1870 beigegeben. — Hoffentlich findet die klassische Schrift von Marx in der neuen Auflage eine möglichst große Verbreitung und viele aufmerksame Leser.

Nach der Hapag-Lloyd-Stückung.

Geschäftsberichte 1931 / Subventionen selbstverständlich, Kontrolle unerwünscht

Jetzt legen endlich die beiden Großreedereien, die Hamburg-America-Linie und der Norddeutsche Lloyd, ihre Bilanzen vom 31. Dezember 1931 vor. Beide Unternehmen haben sich 1930 zur Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten in der Hapag-Lloyd-Union bereitgefunden. Eine Verschmelzung ließ anscheinend der hamburgisch-Bremische Lokalstolz nicht zu. Die Bilanzen und Geschäftsberichte weichen deshalb auch noch stark voneinander ab. Besonders der Lloyd scheint sich zu scheuen, die Betriebs- und Finanzverhältnisse klarzulegen, obwohl dazu nach den hohen Reichssubventionen aller Anlässe vorhanden wäre. Nur in der Interessenwahrung nach außen besteht weitgehende Übereinstimmung: Die Agrarpolitik wird in beiden Berichten angegriffen, weil die Rücknahme auf die Landwirtschaft und die zunehmende Einfuhrperre den Reedereien Frachtausfälle bringt.

Die Subventionspflicht des Reiches wird unterstrichen, jede staatliche Einflussnahme als überaus schädlich zurückgewiesen.

Dass die bereits bekanntgegebene Sanierung eine grundlegende Gesundung nicht herbeiführen werde, ist von uns wiederholt betont worden. Das ist auch die Meinung der Reedereiverwaltungen. Das hat sie aber nicht gehindert, eine ungenügende Kapitalherabsetzung (3 zu 1) vorzuschlagen; im Gegenteil, es werden schon jetzt neue Subventionsforderungen angemeldet. Die Hilfeleistung des Reiches sei „nichts mehr als eine unvollkommene und beschränkte Linderung der Schwierigkeiten im laufenden Geschäftsjahr und noch keineswegs eine Sanierung der deutschen Schifffahrt“ (!). Und wenn die Krise und der Protektionismus in dieser Form andauern, dann seien die deutschen Reedereien gezwungen, auch „in Zukunft die Unterstützung der öffentlichen Hand in Anspruch zu nehmen“.

Gegenüber diesen hemmungslosen Subventionswünschen muß betont werden, daß die Reedereiverwaltungen mit ihrer leichtfertigen Finanz- und Schiffsbaupolitik, mit dem jahrelangen gegenseitigen Konkurrenzkampf zum großen Teil selbst an der heutigen Lage schuld sind, und daß allein eine weitgehende Verstaatlichung vertretbar wäre.

Über die eigenen Sünden liest man in den Geschäftsberichten natürlich wenig.

Es wird auf die Einfuhr- und Einwanderungshemmungen in aller Welt hingewiesen, auf den Rückgang der Frachttäge und des Reiseverkehrs, auf die Entwertung des englischen Pfundes. Diese letzte Ursache allein hat (laut Hapag) auf den meisten Gebieten Verluste von 20 Proz. gebracht. Die Hapag teilt auch mit, daß 21 Proz. ihrer gesamten Tonnage aufgelagt waren, der Lloyd hält auch diese Mitteilung für überflüssig. Dafür erzählt man, daß bei der Rückführung von Staats- und Privatwirtschaft in Bremen der Lloyd vom bremischen Staat ein Darlehen von 5 Millionen Mark nicht bis Ende 1931 zurück erhalten konnte, daß der bremische Staat für den Lloyd den 10-Millionen-Gulden-Kredit zum Ankauf der Hamburg-Süd-Aktien aufnahm, daß der Lloyd bei der Schröder-Bank-Fleite 1,25 Millionen Mark verlor, daß erhebliche Verluste aus der Stützungsaktion für die Nordwolle zu erwarten sind.

Über den Ankauf der Hamburg-Süd-Aktien drückt sich der Lloyd so unklar wie nur möglich aus. Tatsächlich hat die Hapag einen Betrag von 12,24 Millionen Mark nominell übernehmen müssen, und zwar zu einem Kurse von 200 Proz. (!) Bei solchen Geschäften wundert man sich nicht mehr, wenn der Lloyd auf Wertpapiere und Beteiligungen 53,1 Millionen Mark abschreiben mußte (in der Bilanz erscheinen sie nur noch mit 25 Millionen Mark); auf den gleichlautenden Posten schrieb die Hapag 36,3 Millionen Mark ab (Bilanzwert jetzt 16,1 Millionen Mark). So sieht die privatkapitalistische Wirtschaftsführung aus!

Die Erfolgsrechnungen und die Bilanzen sind mit den Vorjahren schwer zu vergleichen.

Der Rohgewinn der Hapag ist von 55,4 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 20,4 Millionen Mark im Jahre 1931 zurückgegangen, beim Lloyd von 39,4 auf 18,1 Millionen Mark. Dabei waren aber im Vorjahr die Zinslasten zum größten Teil schon abgezahlt, so daß der Rückgang tatsächlich noch schärfer war. Es ergibt sich ein reiner Betriebsverlust bei der Hapag von 4,6 Millionen und beim Lloyd von 9,2 Millionen Mark.

Zur Bereinigung der Bilanz sind dann die Abschreibungen bei der Hapag von 23,5 auf 153,7 Millionen Mark erhöht worden; davon entfallen auf Schiffe allein 105,6 Millionen Mark. Der Lloyd erhöhte die Abschreibungen von 23,5 auf 140,5 Millionen Mark; davon kommen auf Schiffe 84,9 Millionen Mark. Zur Deckung dieser Abschreibungen und zur Bildung einer Reserve von je 24 Millionen Mark wurden herangezogen: bei der Hapag

Reserven von 38 Millionen Mark, amerikanische Freigabegelder von 37,8 Millionen Mark und aus der Kapitalherabsetzung 106,4 Millionen Mark; beim Lloyd: Reserven 46,6 Millionen, amerikanische Freigabegelder 24 Millionen, Kapitalherabsetzung 99 Millionen und Buchgewinn aus eigenen Aktien 4,1 Millionen Mark.

Danach verfügt die Hapag über ein Kapital von 53,2 Millionen Mark (und 1,4 Millionen Vorzugsaktien) bei einer Flotte von 1 087 000 Tonnen, der Lloyd über ein Kapital von 52,8 Millionen Mark (und 1,7 Millionen Vorzugsaktien) bei einer Flotte von 962 700 Tonnen.

Der Bilanzwert einer Tonne ist mit 218 Mark bei der Hapag und mit 229 Mark beim Lloyd immer noch sehr hoch, ebenso die Schulden- und Zinslasten.

Bei dem gemeinsam aufgestellten Fahrprogramm wurde mit einem Verkehrsrückgang von 35 Proz. gegenüber dem Vorjahr gerechnet. Da auch die Gehälter und Löhne bereits auf den niedrigsten Punkt gedrückt und die Beschäftigtenzahlen stark vermindert wurden, sind die Aussichten so schlecht, daß ein Kapitalumschnitt ganz anderen Ausmaßes notwendig gewesen wäre. Die Hapag dürfte ihre Hoffnung, durch internationale Schifffahrtstarifverträge eine Besserung der Welt-Schifffahrt herbeizuführen, selbst nicht sehr hoch einschätzen.

Reichsbank und Kabinettswechsel.

Die vorübergehende Unsicherheit über die vom neuen Papen-Kabinett beabsichtigte Währungsreform ist an der Reichsbank nicht ganz spurlos vorübergegangen. Nach dem Ausweis vom 7. Juni ist die Entlastung der Reichsbank von den zum Monatsende in Anspruch genommenen Bank- und Wirtschaftskrediten nur sehr zögernd erfolgt. Es haben eben in der Tat bei Banken und Sparkassen doch nicht unerhebliche Abhebungen stattgefunden, wodurch das Stehenlassen von Reichsbankkrediten in der ersten Juniwoche erforderlich war. Die Wechselbestände haben im Gegensatz zu aller Erfahrung in der ersten Juniwoche noch um 41,2 auf 3031,4 Millionen zugenommen. Bei den Reichsschatzwechseln zeigt sich auf der anderen Seite ein Rückgang um 12,0 auf 6,3 und bei den Lombarddarlehen erfolgte eine Rückzahlung um 128,0 auf 129,2 Millionen Mark. Für die durch die Banken- und Börsenbeunruhigung eingetretene Versteifung auf dem Geldmarkt zeugt auch die Abnahme der zinsfreien Girogelder um 73,0 auf 357,5 Millionen Mark.

Die „Volkspflege“ steht fest.

Der Abschluß der Volkspflege A.-G., des gewerkschaftlichen Versicherungsunternehmens, ist im Hinblick auf die Erschütterungen des vergangenen Jahres als günstig zu bezeichnen. Natürlich ist die Krise auch an der Volkspflege nicht spurlos vorübergegangen, was besonders in dem Rückgang des Neugeschäftes und in einer beträchtlichen Steigerung des Stornos, das ist die Rückgangsmachung von Versicherungen, in Erscheinung getreten ist. Diese Entwicklung hat die Tätigkeit der Gesellschaft in doppelter Art beeinflusst, da einmal durch Auszahlung der Rückkaufwerte mit den angesammelten Gewinnanteilen die Ausgaben naturgemäß gestiegen sind, andererseits die Prämieinnahmen zurückgegangen sind. Auch die erheblichen Darlehen auf Polken zahlungsunfähiger Versicherungsnehmer, die vielfach Vorläufer des Erlöschens von Versicherungen sind, haben die Ausgaben der Gesellschaft erhöht. Die schon im vorjährigen Geschäftsbericht für 1930 angekündigte Aktion,

planmäßig die Wiederentkassierung erloschener Versicherungen zu erreichen,

wurde mit Erfolg durchgeführt. So hat die Gesellschaft für arbeitslose Versicherungsnehmer die Sterbeversicherungen (Erfahrversicherung) eingeführt, die den Versicherten gegen eine monatliche Gebühr von nur 20 Pfennig eine Versicherungssumme von 200 M. im Sterbefall bietet, wenn sie sich bereit erklären, bei Beendigung der Arbeitslosigkeit die alte Versicherung wieder aufzunehmen. Durch diese Einrichtung wird einmal ein beschränkter Versicherungsschutz bei mäßigster Prämie aufrechterhalten und zum anderen der schädliche Rücklauf verhindert.

Der Gesamtüberschuss der Volkspflege lag 1931 mit 12,58 Millionen Mark nicht wesentlich unter dem Ergebnis des vorhergehenden Jahres. Auf die Volkspflege entfielen hiervon 11,4 Millionen Mark und auf die Lebensversicherung 1,16 Millionen

Der Rotenumlauf ging um 71,2 auf 3889,4 Millionen zurück und bleibt relativ niedrig, wenn man die Tatsache der immer noch mit Milliardenbeträgen fortbestehenden Stützungen — Folgen der Inflations — berücksichtigt. Die Devisenbilanz der Reichsbank war nach mehrwöchiger Ausgeglichenheit in der ersten Juniwoche wieder etwas ungünstiger. Die Goldbestände verringerten sich um 14,3 auf 848,4 Millionen, die Bestände an bedienungsfähigen Devisen nahmen um 9,6 auf 138,2 Millionen zu, so daß ein Devisenverlust von 4,7 Millionen Mark vorliegt.

Tagung der Konsumvereine.

Dr. Kemmele im Vorstand des Zentralverbandes.

Am Mittwoch, dem letzten Verhandlungstag in Jena, wurden nach Annahme einiger Satzungsänderungen die Neuwahlen vorgenommen. Die ausscheidenden Ausschussmitglieder wurden wiedergewählt, ebenso die ausscheidenden nebenamtlichen Vorstandsmitglieder. An Stelle des ausscheidenden geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes August Kaja wurde der frühere badische Staatspräsident Dr. Adam Kemmele in den geschäftsführenden Vorstand entsandt. Die Abrechnung von 1931 und der Voranschlag von 1932 des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Bericht der Revisionskommission, der keine Einwendung gegen die Rechnungsführung erhob, wurden gegen ganz wenige Stimmen genehmigt.

Im Anschluß an den Genossenschaftstag trat die Generalversammlung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine zusammen. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist die Bilanzsumme des Jahres 1931 mit 197,59 Millionen um 43 Millionen niedriger als im Vorjahre. Die Warenbestände erhöhten sich gegenüber 1930 um 4 Millionen auf 26,2 Millionen. Die Forderungen betragen 33 Millionen. Das Stammkapital blieb mit 25 Millionen unverändert. Die Reserven erhöhten sich um 3,4 Millionen auf 55,2 Millionen, die Hypotheken steigerten sich um 2,6 Millionen auf 10,5 Millionen. Die Beteiligungen gingen um 57,3 Millionen auf 95,5 Millionen zurück. Die Kreditoren blieben mit 28 Millionen in gleicher Höhe des Vorjahres. Der Uberschuß betrug 2,3 Millionen gegen 4,4 Millionen im Vorjahre. In den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres zeigte sich wertmäßig gegenüber dem Vorjahr ein Umsatzrückgang von 19,23 Proz. von 170,4 Millionen auf 137 Millionen. Mengenmäßig ist der Rückgang prozentual nur gering. Der Berichterstatter betonte gegenüber der Behauptung der Konsumgenossenschaftsgegner, die GEG bezüge ihre Produkte zum Schaden der deutschen Wirtschaft fast ausschließlich aus dem Auslande, die GEG gebe durchaus den inländischen Produkten den Vorzug, nur fände er bei Güte und Preiswürdigkeit eine Grenze.

Mark. Von diesem Uberschuß werden je 5 Proz., zusammen also 1,25 Millionen Mark dem Kriegsretrospektfonds und dem Fonds besonderer Reserven zugewiesen. Ferner gehen

den mit Gewinnanteil Versicherten der Volkspflege

10,19 Millionen Mark zu, das sind 30 Proz. der gewinnberechtigten Jahresprämie und den mit Gewinnanteil Versicherten der Lebensversicherung 1,04 Millionen Mark, das sind 35 Proz. der gewinnberechtigten Jahresprämie.

Im Berichtsjahr gingen insgesamt 265 872 Anträge auf Versicherungen ein, hiervon 3699 für die Lebensversicherung. Abgeschlossen wurden in der Lebensversicherung Neuversicherungen mit einer Summe von 8,78 Millionen Mark und in der Volkspflege mit einer Versicherungssumme von 117,7 Millionen Mark.

Der Versicherungsbestand betrug in der Volkspflege zum Jahresende 2,22 Millionen Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 772,7 Millionen Mark, in der Lebensversicherung 36 524 Versicherungen mit einer Summe von 65,2 Millionen Mark.

Nach der Zahl der Policen und der Höhe der gesamten Versicherungssumme waren bei der Volkspflege mehr als ein Drittel des Versicherungsbestandes vereinigt, den 50 private Versicherungsgesellschaften in der kleinen Lebensversicherung (Volkspflege) aufzuweisen haben. Die Prämieinnahme betrug im Berichtsjahr 51,06 Millionen Mark, wovon 47,6 Millionen Mark auf die Volkspflege entfielen. Hinzu treten noch Einnahmen aus Zinsen und Mieten in Höhe von 12,7 Millionen Mark.

In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres wurden bei der Volkspflege 61 401 Anträge mit einer Versicherungssumme von 21,6 Millionen Mark gestellt und in der Lebensversicherung 525 Anträge mit einer Versicherungssumme von 1,14 Millionen Mark.

KARSTADT'S Lebensmittel-Preisliste

WEINE u. SPIRITUOS. Apfelerwein ... 1,30 Apfelw. süß ... 1,40 Bowlenwein ... 1,50 Gaudelwein ... 1,60 Niersteiner ... 1,70 Riesling ... 1,80 Sauternes ... 1,90 31er Laubenheimer ... 2,00 31er Mosenheimer ... 2,10 28er Orzger Fichter ... 2,20 28er Letz. Kirchenpfad ... 2,30 Himbeer-Kirscht. ... 2,40	DELIKATESSEN Portug. Olsardinen 5 Ds. 0,85 Forr. Olsardinen 2 1/2 Clubbs. 0,38 Filzhaseln verschied. Sorten Ds. 0,39 Brieslinge in Tomaten Ds. 0,38 Wochenendkons. an Ds. 0,30 Rinds-Goulasch. 1 Pfd. 0,60 Makrelen in Tomaten Ds. 0,50 Sauterkekons. 2 Pfd. Ds. 0,58 Würstchen ... 5 Paar Ds. 0,55 Import-Sardellen ... Pfd. 0,85 Ital. od. Heringsalat Pfd. 0,50 Mayonn. od. Remoul. Pfd. 0,80	KOLONIALWAREN Eierbandnudeln ... Pfd. 0,36 Burma-Reis ... 3 Pfd. 0,36 Weizenmehl ... 2 Pfd. 0,38 Hartweizengrieß ... an Pfd. 0,28 Aprikosen ... an Pfd. 0,60 Kirschen ... Pfd. 0,48 Backpflaumen ... Pfd. 0,38 Mischobst ... an Pfd. 0,38 Kaffee ... an Pfd. 2,00	BUTTER, FETTE, EIER Gutsbutter ... Pfd. 1,05 Tafelbutter ... Pfd. 1,12 Molkebutter ... Pfd. 1,16 Rohschmalz ... Pfd. 0,34 Griebenschmalz ... Pfd. 0,44 Dän. Blasenschmalz ... Pfd. 0,38 Margar., Cocofett 3 Pfd. 0,85 Fr. Eier russische ... 15 Stück 0,85 Knäckebrot ... Paket an 0,10	WURSTWAREN Konsum-Süze ... Pfd. 0,30 Pom. Rot- u. Leberwurst Pfd. 0,52 Dampfwurst ... Pfd. 0,84 Fleischwurst ... Pfd. 0,85 Jagdwurst ... Pfd. 0,78 Wiener-Wurstchen ... Pfd. 0,75 Feine Leberwurst ... Pfd. 0,85 Thür. Knackwurst ... Pfd. 1,08 Hmb. gek. Mettwurst Pfd. 1,08 Holst. Cervelat u. Sal. an Pfd. 0,98 Grobe Holsteiner ... Pfd. 1,18 Schinken roh ... Pfd. 0,30	DIVERSE KÄSE Harzer ... ca. 1 Pfd.-Pak. 0,28 Romadour 20% ... Stück 0,25 Camembert vollfett 2 Stk. 0,35 Limburger 20% ... Pfd. 0,38 Tilsiter 20% ohne Rinde Pfd. 0,40 Dän. Schweizer 30% Pfd. 0,52 Emmentaler ... Pfd. 0,54 Brikäse vollfett ... Pfd. 0,58 Edamer, Holländer 20% Pfd. 0,48 Steinbischer vollfett ... Pfd. 0,88 Holländer Edamer 40% Pfd. 0,64 Jäyr. Schweizer vollfett an Pfd. 0,85
FRISCH-FLEISCH Kalbs-Schnitzel ... Pfd. 1,28 Schweine-Schnitzel ... Pfd. 1,10 Kalbs-Goulasch ... Pfd. 0,98 Schw.-Kotelett ... Pfd. 0,78 Rinder Spickbraten ... Pfd. 1,14	FRISCH-FLEISCH Goulasch, gemischt ... Pfd. 0,88 Ochsenbrust m. Knodl. Pfd. 0,58 Suppenfleisch ... Pfd. 0,48 Eisbain ... geobkelt ... Pfd. 0,38 Kalb erkamm-Schuff ... Pfd. 0,88	KONFITUREN Saure Drops ... Pfd. 0,80 Erfrischungsschnitte ... Pfd. 0,88 Erfrischungswaffeln Pfd. 0,85, 0,78 Haushalt-Kekes ... Pfd. 0,78, 0,50	OBST UND GEMÜSE Kirschen ... Pfd. 0,40 Stachelbeeren unreif 2 Pfd. 0,38 Gurken ... an Stück 0,28 Junge Bohnen ... Pfd. 0,38	GEFLÜGEL UND WILD Wulgahühner ... an Pfd. 0,55 Fr. Jg. Enten ... an Pfd. 0,75 Jg. frische Gänse an Pfd. 0,98 Wildschweinhaken an Pfd. 0,70 Rehblätter ... an Pfd. 0,70	FISCHE, RAUCHERW. Kabeljau u. Seezachs a. K. a. Pfd. 0,16 Scharlach m. K. i. Gz. an Pfd. 0,20 Kabeljaufilet ... an Pfd. 0,24 Lebende Aale ... an Pfd. 0,70 Fettsäcklinge ... Pfd. 0,38

Unsere Lebensmittel-Abteilungen stehen unter ständiger Kontrolle des Nahrungsmittel-Chemikers Herrn Dr. Zellner u. des Stadt-Tierarztes i. R. Herrn Dr. med. vet. Entress

U. BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

